

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephone
Redaktion 3141.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Postleitungsgebühr beträgt
aber deren Raum 80 Pf.
Doppelte unter Zeit 1 M.
Ausgabe für Arbeitmarkt 15 Pf.
Ausgabe für Kleinbetrieb 25 Pf.
Vereinzel-Versammlungen, Anzeigen
15 Pfennige.
Unterlate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephone
Expedition 1206.

Nr. 36.

Breslau, Donnerstag, den 12. Februar 1914.

25. Jahrgang.

Ein abgeschlagener Angriff.

Der Versuch der vereinigten Gegner, unseren bei den Stadtverordnetenwahlen in Görlitz erfolgten Sieg durch Ungültigkeitserklärung zurück zu machen, ist glänzend gescheitert. Bei den Ersatzwahlen am gestrigen Mittwoch waren abermals

9 Sozialdemokraten gewählt,

sodass die ganze dritte Abteilung mit 20 Mann in die Hände der Sozialdemokratie fällt. Es erhielt

die sozialdemokratische Liste 4159 Stimmen

die gegnerische Liste 3945 "

Es gehört zu den Besitzungen vieler schlesischer Stadtverwaltungen und gegnerischen Parteigruppen, immer dann — zum Teil selbstverschuldet — "Verstöße" gegen die Wahlordnung zu entdecken, wenn Sozialdemokraten gewählt wurden. Bald war dann das Lotal zu klein, bald die Wahlzeit nicht vorschriftsmäßig angekündigt, bald die Wählerlisten nicht in Ordnung. Solche Mittelchen können natürlich nur vorübergehend Erfolge haben. Am Schluss kommt es so wie in Görlitz: die Herren Gegner haben für ihren Unzulänglichkeitssunismus gepfisterter Kosten und den Steinfall dazu!

Moderne Nomaden.

Sobald die Zeit der ersten Feldarbeiten naht, sieht man wieder auf den Bahnhöfen der östlichen Grenzstationen und der Knotenpunkte des Verkehrs Scharen von Männern und Frauen in ärmlicher Kleidung, von scheuem Wesen, wie sie mit ihrem armeligen Gepäck beladen, geduldig und unterwürfig warten, bis sie verfrachtet werden wie das heile Vieh. Sachsgänger sind es, die kommen, die Scholle zu bestellen, deren Frucht nicht ihnen Segen bringen wird.

Das Wort "Sachsgänger" hat mit noch historischen Sinn. Es waren die Bevölkerung der Rübenländer in der Provinz Sachsen, die bereits in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts dazu übergingen, die Feldarbeiten "im Saisonarbeiterland" verrichten zu lassen, von Leuten, die man herbeizog, um sie im Herbst, wenn die Rübenernte endet war, fortzuschicken. Es waren damals zum Teil polnische Arbeiter aus Polen und Oderbergen, aber auch Deutsche aus der Mark, aus Pommern usw. Man rekrutierte diese Arbeitskräfte einfach, weil sie billig waren. Die polnischen Jäger hatten dafür gesorgt, dass im Gebiete des Großgrundbesitzes die Landbevölkerung im hohen Grade proletarisiert wurde, dass sie "anspruchslos" blieb. Die Löhne waren bedeutend niedriger als in Mitteldeutschland, viele Proletarier waren ein willkommenes Auszugsobjekt. Seitdem ist die Verwendung von Saisonarbeitern zur Regel geworden in der Landwirtschaft. Die Großgrundbesitzer und Großbauern gehen systematisch darauf aus, die Zahl der ständigen Arbeiter, der "Knechte", des "Gefindes", immer mehr einzuschränken. Sie wollen nicht mehr unnütze Männer den Winter über füttern, wie sie sich ausdrücken. Die landwirtschaftliche Technik hat sich übrigens auch in dem Sinne entwickelt, dass die Arbeit in bestimmten kurzen Perioden sich häuft, die Winterarbeit reduziert wird. So hat zum Beispiel das Dreschen mit dem Ziegel fast ganz ausgehört; früher klapperten die Dreschflegel gemäßigt die ganze Zeit bis gegen Weihnachten, die Männer hatten Arbeit auf der Lente; jetzt läuft die Dampfdreschmaschine auf, sobald das Korn geähnelt ist, eine Schar von Frauen und Burschen ist notwendig zur Arbeit an der Maschine, und in wenigen Tagen ist das Dreschen getan. Bei den Feldarbeiten ist man darauf, Männerarbeit zu sparen und die Maschinen-technik hier schon bedeutende Erfolge zu erzielen, aber auf der anderen Seite sind in den letzten Jahrzehnten Arbeitsmethoden aufgekommen, die einen wahren Heftung nach der Arbeit der Frauen und Kinder zeitigen, zum Beispiel das Behauen und Benutzen der Rüben, das Kälen des Getreides. — Man kann sagen, dass dann die Verhältnisse den Landwirten über den Kopf gewachsen sind; sie werden zur Beschäftigung von Saisonarbeitern gezwungen, in höherem Maße, als ihnen zuweilen lieb ist, einfach weil sie keine ständigen Arbeiter mehr bekommen! Die alte "Arbeitsverfassung", wie sie im Osten Deutschlands und in Polen üblich war, bei der der berheitete Arbeiter auf dem Gutshof seine eigene Kapitalistischfhaft im kleinen führte, ein Stückchen Land auf seine eigene Rechnung bestellte, Käthe, Schweine, Geflügel hielt, wobei dann die Arbeitskräfte der ganzen Familie dem Gutshof zur Verfügung standen, ja dieser "Deputatschnecht" noch einen "Schwarzler", einen Oberhaupten hielt, den er entzogte und entloste und zur Arbeit auf den Gutshof schickte, diese Arbeitsverfassung — sagen wir — ist gesprengt. Die Landflucht ist gekommen, diese "Schnechte" sind nicht mehr zu haben. Es muss der Gutsherr oft seine Arbeitgeber-Gespanne umgeladen, ihm unbekannten Saisonarbeitern untertragen.

Denfalls wächst der Bedarf nach Saisonarbeitern rapid. Nicht nur die sächsischen Rübenländer bedürfen ihrer, sondern die "Sachsgänger" gehen heute nach dem Westen Deutschlands, sie sind bis an den Rhein und über den Rhein hinaus gekommen, nach Frankreich, nach Belgien und Holland. Und wenn früher der Bedarf an Arbeitskräften aus den ostelbischen Provinzen gedeckt wurde, erstreckte sich das Rekrutierungsgebiet in den achtzig Jahren nach Russisch-Polen. Hier waren es in der ersten Zeit nur die Kreise nächst der Grenze, die "Sachsgänger" stellten. Von Jahr zu Jahr drangen dann die Werbegeschenke weiter östlich vor. Heute ist bereits nicht nur das ganze Polen von dieser Abwanderung betroffen, sondern bereits die weiter östlich gelegenen Gebiete Altaiens, Weiß- und Kleinrusslands. Ebenso zieht die Bewegung in Galizien ein, wo ursprünglich die westlichen Kreise Wanderarbeiter stellten, dann das Karpathenland, schließlich das ruthenische Ostgalizien. So schwollt die Welle immer mehr an. Sie erfasst von Jahr zu Jahr weiter gegen Osten gelegene Gebiete und wirft die Saisonarbeiter immer weiter nach Westen. Dabei entstehen Gewerbe, die gleichzeitig Menschen exportieren und importieren, denn in den Abwanderungsgebieten Ostbiens und Russisch-Polens, aus deren Dörfern Tausende von Arbeitern fortziehen, herrscht seit Jahren Arbeitermangel, der dazu führt, dass die aus den weiter östlich gelegenen Gebieten Zuwandern hier Beschäftigung finden. Von den Karpathen, vom Donau- und Niemen im Osten bis zu den Gebaden des Kaspiischen Oceans werden derart Hunderttausende von Menschen zu Nomaden, die im Frühjahr die Heimat verlassen, um erst im Spätherbst zurückzukehren. Indes ist es nicht die Landwirtschaft allein, die heute diese Saisonarbeiter beschäftigt, sondern viele Tausende dieser Arbeiter werden auch zu Arbeiten, die nur rohe Muskelkraft erfordern, verwendet, insbesondere zu Erdarbeiten.

Kein Zweifel, dass diese Wanderarbeiter das Lohnniveau in den westlichen Gebieten, die von der Flutwelle erfasst werden, herabdrücken, während freilich im Osten, wo die Welle ihren Anfang nimmt, durch die Abwanderung der Lohn etwas in die Höhe getrieben wird. Ein Ende dieser Bewegung ist kaum abzusehen. Denn zweifellos stehen in Russland noch weitere Gebiete offen, aus denen immer neue Scharen von Saisonarbeitern in den nächsten Jahren rekrutiert werden können.

Heute hat die Nachricht, dass die russische Regierung versuchen will, bei den Handelsverträgen einen Druck auszuüben, indem sie den Zufluss von Saisonarbeitern nach Deutschland sperrt, in den Kreisen der Agrarier Schreden herborgerufen. Es handelt sich in der Tat um eine sehr ernste Frage. Nach dem Ausweis der Feldarbeiterzentrale waren 1911/12 rund 730.000 fremde Saisonarbeiter in Deutschland zugezogen; davon waren annähernd die Hälfte aus Russland gekommen. Dass die russische Regierung die Grenze vollkommen sperren kann, ist freilich ausgeschlossen. Es ist die bessere Not, die die Kleinbauern und Proletarier der westlichen Gebiete Russlands zwingt, in Deutschland Arbeit zu suchen. Diese Menschen werden sich durch kein Verbot zurückhalten lassen; es gibt kein Mittel, die Grenze davor zu sperren, dass sie nicht hinübergehen.

Sollte aber wirtschaftlich durch Maßnahmen der russischen Regierung dieser Zugang von Arbeitern nach Deutschland erschwert werden, dann werden sicher ständige Agenten neue Rekrutierungsgelände finden, aus denen sie Arbeitsstände herbeischleppen; zum Beispiel aus Ungarn, Kroatien, den Balkanländern. Wenn also sich jemand einbilden sollte, dass das Ausland als Retter auftreten kann, um Deutschland von der Zufuhr billiger Arbeitskräfte zu befreien, wäre er auf dem Holzweg. Aber auch eine Gewaltkultur, die darin besteht würde, dass Deutschland seine Grenze gegen die fremden Arbeiter absperrt, ist undurchführbar. Denn tatsächlich liegen die Dinge heute so, dass die kapitalistische Landwirtschaft Deutschlands ohne diese Wanderarbeiter nicht bestehen kann.

Was es ankommt, ist, diesen Arbeitern die Möglichkeit zu schaffen, dass sie höhere Löhne erhalten zu ihrem eigenen Vorteil und zum Vorteil der deutschen Arbeiter. In dieser Richtung ist in Preußen-Deutschland freilich noch alles zu tun. Die fremden Arbeiter haben nicht nur kein Prostitutionsrecht, sondern sie werden durch die sogenannten Legitimationskarten an Händen und Füßen gebunden den Ausbeutern ausgeliefert. Es fehlt an dem elementarsten Schutz in Bezug auf die Arbeits- und Lebensbedingungen. Dass in dieser Beziehung sehr leicht Eingriffen werden kann, beweist Dänemark, wo vor kurzem ein wohltägiges Gesetz zum Schutz speziell der fremden Arbeiter geschaffen wurde. Selbstverständlich ist es auch Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft, aussichtsreich und agitatorisch auf diese Massengesellen einzutreten. Die Wege und Mittel, in diesem Sinne die Frage der Wanderarbeiter zu bearbeiten — lässt man sie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nicht — sollten mit Eifer erarbeitet werden im Interesse sowohl der fremden als der deutschen Arbeiter.

Politische Übersicht.

Die Wahl in Jerichow.

Heute liegt das vorläufige amtliche Ergebnis der Reichstagswahl im Kreise Jerichow vor: Danach haben erhalten: Mitgliedschaft Schiele - Scholz (Kons.) 12.089, Fleischermeister Robert - Magdeburg (Fortschr. Vpt.) 6909 und Expedient Haupt - Magdeburg (Soz.) 12.667 Stimmen. Die Zunahme der Sozialdemokraten beträgt fast 700 Stimmen. Das hatten die Gegner nicht erwartet, denn noch am Tage vor der Wahl ließ sich die "Deutsche Tageszeitung" aus Burg schreiben:

Der Sozialdemokrat dürfte auch kaum seine Stimmenzahl von 1912 behaupten und auf dem Lande jedenfalls erheblich abnehmen.

Aber auch das "Berliner Tageblatt" macht in "Rückblick der Sozialdemokratie", indem es schrieb:

"Der Ausgang der Wahl ist völlig ungewiss, sicher ist nur, dass es eine Stichwahl geben wird. Die drei Parteien streiten sich als gleichmäßig stark erweise, da man mit einem Rücken der sozialdemokratischen Stimmen rechnet".

Man hat sich damit wieder einmal böse verrechnet. Immerhin fordert das "Berliner Tageblatt" die Freisinnigen zur Wahl des Sozialdemokraten auf. Ob sie diesem Ruf folgen, steht freilich dahin, obwohl gerade jetzt die Sozialdemokratie sich bemüht, den Nationalliberalen in Offenburgs Reihen herauszuholen.

Das Ergebnis im Kreise Jerichow ist für die Sozialdemokratie durchaus befriedigend. Die Wahl von 1912 hatte uns einen Stimmenzuwachs von mehr als 43 Prozent gebracht. Diesen Zuwachs bei einer Nachwahl zu halten, schien zuerst eine Unmöglichkeit. Und nun ist nicht nur das gelungen, sondern darüber hinaus noch ein weiterer nicht unbedeutlicher Stimmenzuwachs erzielt worden. Dieser schöne Erfolg berechtigt zu einigen Hoffnungen für die Stichwahl. Es ist zwar noch nicht bekannt, welche Wahlpartei die Fortschrittsliste aufzugeben gedenkt; indessen ist mit Sicherheit anzunehmen, dass eine Partei für die Konservativen nicht ausgegeben wird. Ein Teil der fortschrittlichen Wähler wird natürlich die konservativen Reihen stärken, ein Teil Wahleinhaltung üben oder welche Stimmenthal abgeben, der größere Teil aber vielleicht für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen. Jedenfalls hängt am Fortschritt die Entscheidung.

Ein "König" der Steuerhinterzieher.

Nach einem Privattelegramm des "Berliner Tageblatts" aus Nemscheid hat ein dortiger Schnapsbrenner, der äußerlich in den "einfachsten" Verhältnissen lebt und bisher zwei Millionen Vermögen versteuerte, zum Wehrbeitrag auf Grund des Generalparabons ein Vermögen von neunzehn Millionen Mark deklariert.

Wenn der Mann jetzt seiner "patriotischen Pflicht" genügt, so hat er, wie man sieht, dank des Generalparabons trotzdem ein glänzendes Geschäft gemacht.

Aber es wird sich herausstellen, dass es landauf landab noch gar viele gleichgesinnte Kollegen hat, die es vorzogen, "Heil dir im Siegerkranz" zu singen und Hoch zu schreien, statt ihr Scherstein ordnungsgemäß auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern.

Eine Rede des Genossen Bauer im Reichstage.

Die Verhandlungen des Reichstags am Mittwoch galten in ihrem wesentlichen Teil wichtigen Fragen der sozialen Gesetzgebung und der sozialen Rechtsprechung. Das Kapitel "Patentamt" gab unserem Genossen Siebel Veranlassung, über den im Sommer veröffentlichten Vorentwurf zu einem Patentgesetz zu sprechen und im Zusammenhang damit über das Recht des geistigen Arbeiters an seiner Erfindung. Der Rentzungsredner Dr. Bell redete eine Weile zwischen den Interessen der technischen Angestellten und der Arbeitgeber hin und her, bis er plötzlich die erlösende Redensart von der "notwendigen mittleren Linie" gefunden hatte.

Die soziale Rechtsprechung gelangte beim "Reichsversicherungsaamt" zur Erörterung, mit dem zugleich die Denkschrift über die Kläger bei den Berufsgenossenschaften berichtet wurde. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Bauer-Bauer, erklärte sofort, dass wir gegen jede Änderung der Bestimmungen über die Kläger stimmen werden, ohne jedoch uns gegen die Einführung einer Kommission zu wehren. Dann untersuchte er die Statistik des Reichsversicherungsamts, und seine große Sache wurde diese Unterbindung eines an sich schwierigen und komplizierten Gegenstandes sehr interessant. Gegenüber den Angriffen der Unternehmerpresse und der Organisation der Berufsgenossenschaften auf das Reichsversicherungsaamt, zeigte unser Redner, dass diese Bekämpfung nicht die geringste Berechtigung habe. Nicht minder überzeugend waren die Darlegungen über die Anträge der Kläger, und auch die Stellung über die neuerliche Durchführung des Krankenversicherungswesens auf dem Material des Ministeriums schien.

mügten auch die Versuche der preußischen Regierung die Selbstverwaltung der Krankenkassen einzuschränken, einer lebhaftesten Kritik unterworfen werden, die unserem Redner einen Ordnungszustand eintrug, als er von der Ungezüglichkeit der preußischen Regierung sprach. Den Abschluss bildete eine scharfe Verurteilung der sonstigen lassendfeindlichen Praktiken der Behörden.

Unfreiheit für die Arbeiter, Allmacht für die Scharfmacher!

Das ist in Kürze der Extract der Rede des National-liberalen Führers am Mittwoch im Dreiklassenhause. Er begründete den national-liberalen Arbeitswilligenkampf als eine — liberale Forderung und sonst war seine ganze Rede ein einziger Sehnsuchtsdrang nach einem Bündnis der Scharfmacher von rechts und links. Nur das bestand er noch als ein Hindernis der edlen Paarung, daß die Kinder der Industrie nicht die nötige Freiheit geben wollen . . . Es war eine Rede, die bis auf die paar Lüftchen gegen die konservativen der Graf Westarp ebenso gut hätte halten können und an die der Polizeiminister stiftgerecht die Mittelung von neuen Polizeianweisungen gegen die Streikler folgen ließ. An die Fabrikbesitzer appellierte Dahlwig, daß sie etwa die Methoden der öfnglichen Jugend „gewinnung“ auch auf die Arbeiter in den Fabriken anwenden möchten. Also gelbe Gewerkschaften unter Staatsprotektorat!

In der Sitzung führte erst Genosse Hoffmann seine wichtige Anklagerede gegen die Polizeiwirtschaft zu Ende. Der Preußenbündler Graf v. d. Groeben drohte eine Beschränkung der Freiheit an und Unterstaatssekretär Holtz antwortete Hoffmann im schönsten Dreiklassenton und auch der Zentrumspolitiker Herr Old rief zum Kampf gegen die Sozialdemokratie. Das Streikpostenverbot lehnt er ab.

Eine bachematische Kundgebung.

Das Zentrum scheint die Absicht zu haben, aufs Ganze zu gehen und seine sogenannte Unabhängigkeit von Rom mit noch größerem Nachdruck betonen zu wollen, als es schon durch den Aufstieg des Reichsausschusses vom vorigen Sonntag geschehen ist. Für den kommenden Sonntag ist eine Versammlung nach Essen einberufen, die aus dem ganzen Reiche bestellt werden soll und in der der Reichstagabgeordnete Marx und der badische Zentrumsführer Wacker versammelt werden. In der Ankündigung dieser Demonstrations-

Vie einst an der Schwelle des neuen deutschen Reiches unmittelbar vor dem Kriegskampf mit Frankreich, aber gleichzeitig im Vorabend des größtmöglichen kirchenpolitischen Konflikts mit seinen tiefchristlichen Verherrlichungen, von Essen aus der Mut zur politischen Sammlung ergangen ist, so soll auch Essen feiern, daß das Zentrum, das vom Feinde niemals besiegt wurde, von falschen Freunden nicht in die Irre geführt und vertraten werden soll.

Sicher wird die Kundgebung durchaus im Sinne ihrer Gegenseite verlaufen, und Beifallsstürme werden den Saal durchbrausen, wie man sie von den Katholikentagen her kennt. Aber das an sich wird noch nicht beweisen, daß die Masse nun auch das nötige Verständnis für die Schwenkung der Bachemiten besitzt und daß sie ihnen unter allen Umständen treue Gefolgenschaft leisten wird. Gespant darf man auch darauf sein, ob die Drähtzieher nicht am Sonntag doch noch ein wenig aus der Rolle fallen werden und es trotz der leichten Versicherung, daß das Zentrum eine politische, nicht-konfessionelle Partei sei, mit dem altgewohnten Appell an die christkatholischen Gefühle der Zuhörerschaft versuchen.

Der Kronprinz nicht.

Der Kronprinz hat sich am letzten Dienstag als Zuhörer im Deutschen Landwirtschaftsrat wieder einmal erfolgreich gemacht. Nach übereinstimmenden Berichten der ver-

schiedensten Zeitungen hat er in einer Diskussion über den ländlichen Arbeiterschlund gewissen reaktionären Kraftgesellen den laufenden Fall gespendet, in denen die Aushebung der Freizügigkeit und die Einführung des Arbeitszwanges gefordert wurden. Ganz besonders erregten die Reden der beiden Führer des Bundes der Landwirte, des Freiherrn v. Oldenburg-Zanischau, seines Freundes, und des Freiherrn v. Wangenheim, das stärkste Entzücken des Kronprinzen. Nach dem Bericht der „Post“ zum Beispiel hat der Kronprinz seine besondere Zustimmung zu folgenden Neuerungen des Herrn v. Oldenburg zu erkennen gegeben:

Ein ganz hervorragendes Mittel für die Erhaltung der Landarbeiterchaft wäre es, von jedem, der in der Stadt Arbeit sucht, den Nachwuchs zu verlangen, daß er eine Wohnung hat. Wenn wir nicht durch die Gesetzgebung verhindern, daß die Leute vom Lande in die Stadt flüchten, dann werden alle Wohlfahrtsanstaltungen nichts nützen und meine Herren, da können Sie so viel Gesangvereine gründen, wie Sie wollen.

Nicht minder begeistert war der Kronprinz von folgenden Bemerkungen des Freiherrn v. Wangenheim:

Warum sollen wir nicht auch in Deutschland Leute, die nicht arbeiten wollen, zu einer angemessenen Arbeit auffordern? Wir würden dadurch im Kriegsfall eine gute Reserve-Armee erhalten, die den Industrieleuten Ausfall decken könnte.

Der höfliche „Volksanzeiger“ widmet dem Verhalten des Kronprinzen sogar einen besonderen Artikel, in dem u. a. berichtet wird:

Durch beispieliges Nicken befürwortete er vielfach seine Übereinstimmung mit den von den Referenten befürworteten Anschauungen. So als der erste Redner Prof. Dr. Gerlach alegte eine Arbeitslosen-Berichterstattung sich mit der Bevölkerung einigte, daß aus dem Landarbeiter das Wagnis, nach der Stadt zu ziehen, ein noch geringeres Riso in sich schließen würde. . . . Die Diskussion eröffnete Herr v. Oldenburg-Zanischau. Kaum hatte der Vorleser diesen Namen genannt, als der Kronprinz sich dem von seinem Platz aus sprechenden Redner voll zuwandte und ihm freundlich zunickte.

Aus den so anschaulich geschilderten Bewegungen des Kronprinzen Kopfes gewinnt man ein recht deutliches Bild davon, wie es in ihm aussieht. Der junge Herr, der wahrscheinlich ebensoviel ein originaler Geist ist wie die meisten anderen Menschen, ist mit seiner ganzen Vorstellungswelt ein Opfer des reaktionären Willens geworden, in dem er sichständig aufhält. Die konservative Partei ist im Absterben begriffen, aber sie findet noch immer hoffnungsvollen Nachwuchs an der Stelle, auf die es ihr am meisten ankommt.

Die Plenarversammlungen des Landwirtschaftsrates entbehren auch sonst einer gewissen zeremoniellen Feierlichkeit nicht, denn bisher nahm regelmäßig der Kaiser daran teil und hielt vor diesem Forum auch häufig Reden. Im vergangenen Jahre erzählte er bekanntlich dem Landwirtschaftsrat von seinem Petrus-Roggan und von dem unbrauchbaren Pächter, den er hinausgeschmissen habe. Diesmal erschien der Kaiser nicht selbst, der Kronprinz war als sein Vertreter erschienen; und man erzählte sich, der Kaiser beabsichtigte sowohl nicht mehr in den Landwirtschaftsrat zu kommen, denn abgesehen von dem Berater über den „hinausgeschmissenen“ Pächter habe ihn die Rede ca. 120 000 Mk. gekostet. Der Pächter selbst wurde bekanntlich abgefunden und schließlich zur Bekräftigung der Versöhnung auch noch mit einem Orden bedacht.

Die Bekämpfung des Geburtenrückgangs.

Nach längerer Debatte über den bekannten Gesetzentwurf des Zentrums, zur Bekämpfung von Vorbeugeungsmaßnahmen, in der die Sozialdemokratie noch einmal ihren ablehnenden Standpunkt darlegte, kam es am Mittwoch in der Gewerbeordnungs-Kommission zur Abstimmung. Der § 1 des Zentrums wurde abgelehnt; außer den Sozialdemokraten stimmten auch konservative und nationalliberalen Abgeordneten dagegen. Annahme fand der offensichtlich von der Regierung herührende national-liberale Antrag, der besagt: „Der Bundestag kann den Verkehr mit Gegenständen, die zur Bekämpfung der Schwangerschaft bestimmt sind, beschränken oder untersagen.“

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte, dem § 1 hinzufügen: „Bei Gegenständen, die zu gesundheitlichen Zwecken Verwendung finden, gegen Ansteckung sicher oder zu Reinigungsfzwecken erforderlich sind, darf der Verkehr nicht beschränkt noch verboten werden.“ Der Antrag wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde weiter die Bestimmung, daß die vom Bundesrat getroffenen Anordnungen dem Reichstag zur Kenntnis zu bringen sind.

Weiter wurden aus dem Zentrumseintrag die §§ 2 und 3 angenommen, die die Strafbestimmungen enthalten. Die sozialdemokratischen Widerungsanträge wurden abgelehnt. Daraufhin beschloß die Kommission noch, dem Entwurf der Regierung anzutragen, daß im Mandat erwerbebetrieb nicht vertreten werden dürfen: „Gegenstände, die zur Verhütung der Empfängnis oder zur Befestigung der Schwangerschaft bestimmt.“

Die Streik- und Aussperrungsklausel in der Submissionskommission. In der Submissionskommission des Reichstages wurde am Dienstag die Streik- und Aussperrungsklausel in folgender Fassung angenommen:

Eine Arbeitsniederlegung in einem für die Erfüllung des übernommenen Vertrags unmittelbar oder mittelbar erforderlichen Betriebe bedingt die Verlängerung aller Fristen und die Herauschiebung aller Termine um die Dauer der Arbeitsniederlegung, wenn den Unternehmern nachweislich kein Verschulden trifft.

Das Gleiche gilt im Falle der Aussperrung der Arbeitnehmer für die Dauer der Aussperrung, wenn der Unternehmer durch Kollektivvertrag zu der Aussperrung verpflichtet war oder sie aus sonstigen Gründen nachweislich nicht vermieden konnte.

Von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission wurde die völlige Beseitigung dieser reaktionären und arbeiterfeindlichen Bestimmungen beantragt. Den Behörden wurde zumindest, daß sie bedingungslos und einseitig zugunsten der Unternehmer verfasst werden. Doch der Appell an Berechtigt und Billigkeit verhalf wirkungslos. Er veranlaßte nicht einmal eine Entgegnung. Debattiert nahm die ganze Rechenschaft des Zentrums, der Nationalliberalen und des Konservativer Baritsch die Vorlage an. Nur die Konservativer Fregter und Haeckle stimmten mit den Sozialdemokraten gegen diese Bestimmungen. Die erste Lesung des Entwurfs wurde beendet.

Ein kräftiger Nasenbläser. Die Handelskammer Hannover beschäftigte sich in ihrer letzten Vollversammlung mit den Beleidigungen ihres Syndikus Dr. Nölke zum Preußenbünd ein. Sie faßte eine Resolution, in der dem Syndikus die Entschuldigung ausgesprochen wird, daß er seine Zeit und Kraft auf eine Tätigkeit verwandt habe, die die Erfüllung seiner umfangreichen dienstlichen Aufgaben beeinträchtigen mußte. Wird der Herr nun zu seinen Freuden ziehen und sich von Hirschbrand und Oldenburg bezahlen lassen?

Die Mehrheit der Mediaten! Wie der „Braunschweigischen Landeszeitung“ von wohlunterrichteter Seite aus Straßburg gemeldet wird, hat Oberst von Reuter außer den bereits gemeldeten Glückwünschen anlässlich seiner Freiheit auch über 30 000 Briefe, Postkarten und Telegramme beledigende und schmeichelnde Inhalte aus Elsass-Lothringen zugestellt erhalten. Herr Reuter wird daraus ersehen, daß das Volk „ganz auf seiner Seite“ steht, wie die konservative Presse behauptet.

Ein amüsantes Stück literarischer Geschichtshuberei leistet sich soeben der Verlag der „Kölner Volkszeitung“. V. J. Pichem, am 17. Februar findet im Wahlkreis Köln-Land die Reichstagswahl statt und das Zentrum löst alle Minnen springen, um seinen Kandidaten, den wenig beliebten Dozenten Kochhoff in Essen, wieder im ersten Wahlgange durchzutragen; für kommenden Sonntag beruft es nicht weniger als 45 Veranstaltungen ein. Um nun die Wahlstimmen zu beleben, und gleichzeitig eine hübsche bachematische Sonderklasse zu machen, ist man auf etwas Neues verfallen: der Verlag Bachem erhält folgendes

Nicht mehr die Vorfälle in Gabern und der Kölner Polizeiprozeß stehen im Vordergrund der Erörterungen, sondern das bei weitem größte Interesse wendet sich der für den 17. Februar bevorstehenden Reichstagswahl in Köln-Land zu. Die Frage nach dem mutmaßlichen Ergebnis dieser Wahl veranlaßt den Kölner „Volksanzeiger“, (den Ableger der „Kölner Volkszeitung“) seinen Begehrern nachstehende Preisaufgabe

zu stellen. Die Frage lautet: Wie wird die Stärke der drei Hauptparteien, Zentrum, Liberale und Sozialdemokratie bei der Wahl sein? Demjenigen, der dem Resultat am nächsten kommt, werden 100 Mark in bar verheissen; 12 weitere Preise bestehen in Büchern der Bachem'schen Roman- und Novellenanthologie, und — das ist das hübscheste! in einigen Werken von Julius

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

(Nachdruck verboten.)

Die Mundwinkel der Erzellen waren so weit als möglich ausseinerbürgergezogen; auch Graldi lächelte.

„Ich möchte, ich hätte Sie immer hier“, sagte die Erzelle, „Um Graldens Hände zu legen, die Sie längst an den Söhnen abgelauten haben, auf welchen Sie die Rednerbühne besetzten.“

Ich spreche gewöhnlich von meinem Platz aus.“

„Und immer am rechten Platz.“

„Es ist oft nur Geltinger, und niemand weiß das besser, als ich selbst; man rechnet eben auf die Resonanz.“

„Und nicht vergessen; für uns jenseits der Berge ist das silberne Goldstein eines Poens Niederglocke, deren ehemaliger König die Säumigen zu ihrer Pflicht macht und die Muzigen zu höherem Kampfe ansporn.“

Und das erinnert mich daran, daß ich in diesem Augen-

mer noch ein heißer Kampf erwarte.“

Die Erzelle, welche sich längst in der Nähe der Tür auf einen Sessel niedergelassen hatte — Graldi war sieben geblieben — ergriff sich wieder.

Erzelle bergesse meine kleine Bitte nicht?“ sagte Graldi.

„Wie werde ich?“ entwiderte Erzelle; — ich hoffe sogar noch keine Gelegenheit zu haben, die Sache einzulegen zu lassen.

— man tut dort nichts ohne ein kleines Bähnchen um — man tut ja bergleicht immer bereit. Das Verbrechen, die Erzelle in Elsass-Lothringen war eine Bindung weniger schwanger nicht unjuckt zu hören, in der bevorstehenden Debatte über den mutigen Kämpfer von Elmeck und die Verteidigung nicht ganz so laut zu röhren — jede einzelne dieser Gefälligkeiten ist einen General wert, besonders, wenn dieselbe in unpraktisch anstehender Weise den Staat, Gesellschaft und Familien hat.“

„Und so was geht ohne Elpat ab?“

„Genaue Elpat. O, verehrter Freund, Sie dürfen uns doch nicht mehr für die ehrlichen Werken des Käfers halten; wir haben höchstens seitdem einiges gelernt. — Gott behalte Sie!“

Erzelle Erzelle, das ich Sie bis zu Ihrem Wagen geleitet.“

Auf seinem Platz mein Dienst erwartet mich im Vor-

zimmer. Bitte lassen Sie ihn hereinkommen.“

Versehen Erzelle, das ich für den Augenblick, wie im-

Graldi war, im Begriff, dem Selbstmord einen starken An-

griff zu richten, als ein neuer Bezug gemeldet wurde.

„S. 2.“

„Wer ist es?“ fragte Erzelle mit einer Langsamkeit; — Sie wissen, ich darf nicht von jedem hier geschenkt werden.“

„Es ist der Geheimrat Schieler, Erzelle.“

„Ah, der! — Uebrigens trauen Sie dem alten Schieler nicht mehr, als nötig! Er ist eine Kiste, die manche gute Ware enthält, aber mit Vorsicht behandelt sein will. Trauen Sie ihm vor allem nicht in der berechten Angelegenheit, es wäre ganz unnötig, sein hoher Protektor kann darin nichts tun.“

„Deshalb nahm ich mir die Freiheit, nach an Ew. Erzelle zu wenden.“

„Bei Ihnen kommt man mit seinem Rote immer zu spät. Noch eines: auch zu dem kleinen Familienkriege, wie Sie ihn hier mit den norddeutschen Buntäuren zu führen haben, braucht man das bekannte für den großen Krieg dreimal Nötige. Sind Sie damit ausreichend versiehen?“

„Ich war immer der Meinung, daß der Krieg den Krieg zu den höchsten Belägen ziehen, wenn es nötig sein sollte.“

„Vielleicht wird es nötig. Auf jeden Fall behalten Sie die Partie in Händen. Es steht uns, trotz ihrer sanguinischen Hoffnungen für die Zukunft, die ich übrigens vollkommen teile, außer nächst einer Reihe magerer Jahre bevor; wir werden ein Hamsterleben führen müssen, und die Hanfster-Vorsicht ist mehr als je geboten. Sie erhalten mich au current?“

„In meinem Antreffe, Erzelle.“

Der Geheimrat war eingetreten. Erzelle reichte ihm die Hand: „Sie kommen, während ich gehe — das ist unrecht. Sie tragen, daß ich mit niemand lieber plaudre, als mit Ihnen. Wie steht der Wind heute in der Wilhelmstraße? Hat man gut geschlafen? ist man mit dem rechten oder linken Fuß zuerst aus dem Bett gestiegen? Herben flau oder fest? Landlust begreift oder ohne Nachfrage? mein Gott, lassen Sie mich doch nicht vor unbefriedigter Neugier sterben!“

Erzelle wortete die Antwort des lächelnden Geheimräts — nicht, sondern drückte den beiden Herren nochmals die Hände und verließ, auf dem Arm des Dieners, welcher inswichen einen getreten war, sich stützend, das Gemach.

„Ist es nicht wunderbar?“ sagte der Geheimrat: — diese unglaubliche Elpatität; diese sabelhafte Schlagfertigkeit; diese Schnelligkeit des Angriffs! diese Sicherheit des Rückzuges! Ein Wölfe des Guerillakrieges! Welchen bedeutenswerten Schatz besitzt Ihre Partie an dem Mamie!“

„Unsere Partie, Herr Geheimrat? Verzeihen Sie: ich muß mich wirklich immer erst darauf befreien, daß Sie nicht zu uns gehören. — Wollen Sie nicht Platz nehmen?“

„Danke sehr! Ich bin in die Debatte über ein soeben eingetroffenes Gesetz verwickelt; ich habe keine Minuten Zeit; kann auch nur das Notwendigste in fliegender Sile sagen. Werst: man ist im Handelsministerium außer sich über ein soeben eingetroffenes Gesetz, das, wie mir ein Kollege mitteilt — ich selbst habe es

noch nicht zu Gesicht bekommen können — so gut wie ein Veto ist. Das Elaborat ist von einem gewissen Hauptmann von Schönau — der intellektuelle Urheber sitzt aber — es ist unerhört im Reichsministerium selbst und ist natürlich niemand anders, als unser Freund, der General. Das wird uns wieder, ich weiß nicht wie weit und auf wie lange, zurück. Ich bin außer mir, um so mehr, als ich vor diesem Hindernis ratslos stehe. Mein Gott, man hat ja Einfuss und könnte, wenn man möchte, diesen Einfluss auch gegen einen alten Freund in Anwendung bringen; aber so etwas tut man doch nur im äußersten Falles. Was raten Sie nun?“

„Die Reinheit unserer Sache nicht durch Hinwendung von begleitenden gehässigen Persönlichkeiten zu trüben“, erwiderte Graldi. — „Wenn Sie einen alten Freund schone zu müssen glauben, so besteht, wie Sie wissen, abilis deum Herrn General und mit einer alten Freundschaft; und alles, was ich gegen ihn persönlich tue oder zu tun erlaubte, würde mit Recht in den Augen aller als ein Alt gemeiner Ratschlag erscheinen, da bei Gott, der Allmächtige! Wenn er will wird er schon ein Ereignis eintreten lassen, welches unser Gegner für uns unglaublich macht und das daran kein Zusatz zu sein braucht, weil die Menschen es so nennen.“

„Sie meinen, wenn er stirbt?“ fragte der Geheimrat mit einem unsichereren Blick.

„Ich meine gar nichts Bestimmtes, und ganz gewiß nicht seinen Tod! Für mich mag er noch lange leben!“

„Das ist sehr ebel gedacht, sehr ehrlich“, erwiderte der Geheimrat, sich die lange Nase reibend, — und mir gewiß aus der Seele gesprochen; dennoch: seine Freundschaft ist und bleibt für uns ein Stein des Anstoßes. Und wäre das doch das einzige Hindernis? Nun aber sagt mir Graf Golm — ich komme eben von ihm — er wird sich gleich nach mir die Ehre geben

— bin ihm nur vorausgezählt, weil ich über ihn selbst noch eine Mitteilung zu machen habe, wovon sogleich — Graf Golm sagt mir, daß seine Bemühungen — er war

zudem, Dr. Poer, der Geschäftsführer der „Königlichen Volkszeitung“ und Hermann gegen die Dner treiber, denen es ausreichend am regulären Abschluß fehlt!

Die Arbeitslosenversicherung in Sachsen Die Geschiebung. Deputation des zweiten Kammer des sächsischen Landtages beschloß einstimmig, die Regierung zu fragen, ob sie gewillt sei, in einem Nachtrag zum Etat Mittel zur Unterstützung Arbeitsloser zur Verfügung zu stellen.

Der Gnadenfonds im elsässisch-lothringischen Landtag. In der Sitzung des elsässisch-lothringischen Landtags kam beim Etat der Finanzverwaltung auch die Debatte auf den Gnadenfonds. Unzufriedenheit bestand hierbei, wenn der Stifter Geschenke machen oder sich populär machen wolle, solle er in die eigene Tasche reisen. Er halte es für eine ungünstige Handlungswise, daß man die Groschen der elsässisch-lothringischen Bevölkerung zu diesem Zwecke ausgabe. Der ganze Gnadenfonds entspricht nicht dem Empfinden des elsässisch-lothringischen Volkes und es wäre schon längst aus dem Budget getrichen, wenn die Zentrumskontrolle nicht jedesmal umfaßte. — Abgeordneter Ge. nossen Martin beantragte dann namentliche Abstimmung über den Gnadenfonds. Ein interessantes Intermezzo spielte sich hierbei ab als der Finanzminister Höhler den Führer der Liberalen, worauf dann Abg. Wolff erklärte, der Staatssekretär Graf von sehr falsch. In der namentlichen Abstimmung wurde der Gnadenfonds mit 27 gegen 28 Stimmen angenommen. Während um sich herum.

Ausland.

Die Kirche gegen den Weltfrieden.

Auf der schweizerischen Kirchentagung wurde auf Antrag des Kantons Bern (namens der Synodalkonferenz des Kantons Waadt) einstimmig beschlossen, Mittel und Wege zu suchen, um die einzige Hoffnung zu erhalten, zur Weltunterwerfung ihres Einflusses zur Bekämpfung des Krieges und der Rüstungen zu bestimmen. Wie die „Basler Nachrichten“ mitteilten, hat daraufhin die Konferenz an alle christlichen Kirchen von Europa die Einladung zu einem in diesem Jahre in Bern abzuhaltenen Friedenskongress amtieller Berücksichtigung gerichtet. Über das Zusammekommen des Kongresses sei bis jetzt noch nichts Sichereres bekannt. Am Kirchenausschusses, zugleich Präsident des preußischen Oberkirchenrates, schon absehbar geantwortet. Auch durfte man sich keine zu großen Hoffnungen auf die Teilnahme der protestantischen Kirche machen. Danach darf man das Schicksal des Kongresses schon als besiegelt ansiehen. Mag wohl sein, daß eine Menge englischer Seelen und vielleicht auch die amtlichen Kirchen eines oder des anderen nordischen Kleinstaates sich genetzen würden, in ehrlicher Absicht an einer solchen Versammlung teilzunehmen. Am übrigen aber ist es ein gut Stück Naivität, etwa von der protestantischen Kirche, die erst jetzt wieder mit segnender Hand hinter dem trübsinnigen Raubzuge gestanden und in den Balkanwirren eine mindestens zweiblättrige Rolle gespielt hat, der Kirche, die mit der Habsburgischen Militärmonarchie an einer Führung in Aufbruch nimmt, einen ersten Schritt zur Beseitigung des Militärsystems zu erwarten. Oder von der katholischen Kirche, die mit ihren Heimatkatholiken unabhängig doch genau so wie Garde und Schuhmannschaft nur eine Polizeigewalt zur Erhaltung der göttlichen Ordnung samt allen ihren Schönheiten von Ausbeutung. Unrecht jeder Art und Völkermord bedeutet; Oder vielleicht von den blut- und schmähtrischen Kirchen Russlands und seiner Gläubigenfeinde am Balkan, deren rauhvorblütige Justiz in dem letzten Kriege wie in den Pogromen gegen Juden und Christen sich allzu nackt befunden haben? Der Wille der schweißenden Reformierten, deren Pläzzininteressen ja nicht auf Zentralismus und Rüstungsgeschäft gestellt sind, in allen Ehren; aber was anderes könnte eine wirklich zustandegekommene Kunden der Feldkapitäne und Hofsprecher des internationalen Kriegsherrschertums anderes sein als ein widerliches Verhältnis der christlichen Friedenskirche, die bisher von der ganzen Christenheit mit Rühen getreten worden ist! Nein, auch dieses religiöse Ideal barriert seiner Verwirklichung durch die „Umwürter und Gottesläugner“, die doch schon lange die einzige Zuflucht aller aufrichtig religiös und menschlich Fühlenden bilden.

In Stockholm gab es gestern wieder eine Demonstration. Diesmal waren es die Studenten, die zum Schlosse des Schwedenkönigs zogen. Gustaf hielt auch an sie eine Rede, in der er erklärte, es sei kein verhältnismäßiges Recht und seine Pflicht als schwedischer König, in langeren Tagen offen und frei seine Meinung darüber zu sagen, was er für das Volk als nützlich und notwendig ansiehe. Die Kultur und das materielle Glück seien nicht möglich ohne das Gefühl der Sicherheit. Die Wehrmacht des Landes sei nicht genügend. Er sei fest überzeugt, daß das Volk bereit sein wird um auch imstande ist, die Opfer zu tragen, die die Verbesserung der Landesverteidigung unumgänglich fordert. Er schloß mit den Worten: Vorwärts zu unserem Ziel, ein freies, starkes Schweden. Es lebe Schweden! — Die Studenten gingen hierauf bestreift aus-

* * *

Die dritte Hager Friedenskonferenz. Wie die Zeitung „Der Vaterland“ aus guter Quelle erfährt, erwartet man in zuständigen Kreisen die Einberufung der dritten Friedenskonferenz nicht vor 1917. Die vorbereitenden Arbeiten für diese Konferenz nehmen lange Zeit in Anspruch. Auch soll die Konferenz nicht vor der endgültigen Endlösung der Balkanfrage, besonders der albanischen, eröffnet werden.

* * *

Die Ausdehnung einer Militärverschwörung in Sofia? Ausserdem wird gemeldet, daß auf Befehl des bulgarischen Kriegsministers des Kommandos des 65. Infanterie-Regiments Oberst Gabroff verhaftet wurde. Es wird behauptet, daß es sich um eine Militärverschwörung in Sofia handele.

* * *

Der megalomaniische Bandit Castillo gesungen? Das Blatt „El Pao“ hört, der Bandit Castillo, der den Nummer-Tunnel in Bandeja, sei nebst seiner Bande gefangen genommen worden. Villa erklärte, wenn dies wahr sei, so würden alle justiziert werden. — Die im Tunnel befindlichen Leichen sind größtenteils noch nicht geborgen.

Gewerkschaftliches.

Etwas vom Arbeiterschutz in der Textilindustrie.

Die Firma Reichenbach i. B. des Textilarbeiterverbands hat im Herbst 1913 eine Erhebung über die sanitären Zustände in den dortigen Fabriken veranstaltet. Die Ergebnisse dieser Umfrage zeigen im Schlaglicht die vielfach schäbigen und unhygienischen Zustände in den Textilbetrieben. Erfahrt davon, der Stoff wird 83 Betriebe mit 6823 Beschäftigten davon sind 2472 weibliche. Es wurden folgende Feststellungen gemacht:

In 84 Betrieben wird das Werk während der Pausen nicht eingehalten, so daß die Arbeiter gezwungen sind, ihr bisschen

Essen während des Ganges der Maschinen, also in allem Schnell hinunterzuschlucken. Dort, wo Speiseräume vorhanden sind, steht es damit recht trübselig aus; in den meisten Betrieben werden besondere Speiseräume überhaupt als entbehrliche Luxusentrichtungen betrachtet. In den Textilbetrieben sind eine Unmenge auswärtiger Arbeiter beschäftigt, die mittags nicht nach Hause können und somit einen Raum zum Aufenthalt und zum Essen besonders nötig hätten. Die Kleinlichkeit der Räume läßt sehr zu wünschen übrig. In den meisten Fällen ist der sogenannte Speiseräume gleichzeitig Garderobe, in mehreren Fällen ist er nicht einmal heizbar. In 55 Betrieben von den 83 Betrieben sind fünf beide Zwecke überhaupt keine Räume vorhanden. Einige der Räume gleichen viel eher alten Lumpenkammern als Garderoben oder Speiseräumen. Nur in 6 Betrieben sind Räume für mögliche Erkrankungen vorgesehen, in einem Falle wird die Röhre des Hauses als Sanitätsküche benutzt, in den übrigen 76 Betrieben fehlt jede solche Pflege.

Pausenverrichtungen fehlen in 31 Betrieben, Seite und Handtücher werden nur in 15 Betrieben geliefert. Bedeutend gering ist es nicht. Nur aus 9 Betrieben wird berichtet, daß die Wände einmal geweitet werden. Die Räume mancher Betriebe sind seit langem gebauten nicht geweitet und geschrägt worden. Die Aufzähle sind in einzelnen Betrieben so niedrig, daß unten schwerer Elfenstäbe von den oberen nach den unteren Räumen fallen. Die Transmissionswellen gleichen rot angestrichenen und mit Schrauben beworfenen Stangen, von denen nicht selten Rost und Eisensteine abfallen. Schutzvorrichtungen zum Aussperren der Treppen führen entweder ganz oder siegen so lange zerbrochen in irgend einer Lumpenkammer, bis schließlich eine Gewerbeinspektion zur Feststellung antritt. In einem Betrieb stehen die Wände so eng beieinander, daß es nur mit Lebensgefahr möglich ist, sich dazwischen zu bewegen. Die Aborten spülten jeder Verfärbung. In 59 Betrieben fehlen Doppelschlüsse und Spülung. In 9 Betrieben stehen die Aborten ohne jeden Blitterungsgraub im Freien. Vereinigt werden sie in 40 Betrieben wöchentlich, in 17 Betrieben alle vierzehn Tage, in 17 Betrieben alle vier Wochen, in 10 Betrieben in längeren Zwischenräumen, und von einem Betrieb wird berichtet, daß die Reinigung alle Jahre einmal stattfindet.

Diese Feststellungen sind für die Reichsverbahter Unternehmer anstrengend, aber auch für die Gewerbeinspektion. Sie setzen, daß heute noch die Arbeiterschutzbestimmungen nur auf dem Papier stehen. Und trotzdem soll in der Sozialpolitik bald geblasen werden. Allein der Ausbau der Gewerbeinspektion wäre eine wichtige und bringende Aufgabe der sozialpolitischen Gelehrtengang.

Deutsches Reich und Ausland.

Die Lage der Maschinenindustrie.

Ein Gesamturteil über die Lage der Maschinenindustrie ist deshalb schwierig, weil die einzelnen Zweige des Maschinenbaues infolge ihres verschiedenen gearteten Charakters keine einheitlichen Merkmale aufweisen. So waren beispielweise im vergangenen Jahre die Schiffswerften, Waggonfabriken und Lokomotivbauanstalten gut beschäftigt, während die Herstellung von Arbeitsmaschinen aller Art unter der Rückwirkung des angekündigten Geldmarktes sich nur in schleppendem Tempo vollzog. Jedebfalls ist die Durchschnittsdiplomie im deutschen Maschinengewerbe ungeachtet der etwas flaueren allgemeinen Wirtschaftslage auch im Jahre 1913, genau wie in den drei vorangegangenen Jahren, wiederum in die Höhe gegangen. Für die Rentabilität in der Maschinenindustrie — gemessen an der Dividendenrate — ergaben sich innerhalb der Jahre 1903 bis 1912 folgende Vergleichsziffern:

Jahr	Zahl der Alt.-Kapital in Mio. Mark	Dividende in Prozent
1908	277	8,6
1909	312	7,6
1910	312	7,8
1911	312	8,3
1912	315	8,9
1913	203	9,3

Das gesamte Aktienkapital ist also im Berichtsjahr auf 807,17 Millionen angewachsen. Aus der Bewegung der Dividende geht hervor, daß die Ergebnisse der hier in Frage kommenden Aktiengesellschaften im Jahre 1913 wieder eine weinliche Steigerung erkennen. Dem entsprechen auch die für die Bewegung von Reingewinn und Verlust erzielten Resultate. Hierfür ließen sich die Bilanzen von 325 Gesellschaften verwerten. Bei diesen gestalteten sich die Geschäftsergebnisse in nachstehender Weise:

Jahr	Zahl d. Ges.	Alt.-Kap.	Reingewinn bzw. Verlust in Millionen Mark
1911/12	278	678,63	+ 116,87
	47	70,36	- 12,47
1912/13	284	77,59	+ 131,53
	41	42,89	- 10,56

Der Reingewinn überstieß der Aktiengesellschaften der deutschen Maschinenindustrie hat sich mithin von 109,20 auf 120,97 Millionen Mark erhöht.

Besondere Arbeitslosenunterstützungen im Sattler- und Portefeuillier-Berufsverein. Durch die außerordentlich umfangreiche und langanhaltende Arbeitslosigkeit im Sattler- und Portefeuillier-Berufsverein verhinderte sich Vorstand und Ausschuß des Sattler- und Portefeuillier-Berufsverbandes zu einer außerordentlichen Hilfsaktion veranlaßt, um so den in Not geratenen Kollegen über die statutarischen Bestimmungen hinaus Unterstützung zu gewähren. Es fand allen angefeuerten Mitgliedern, die zurzeit arbeitslos sind oder bis zum 31. März d. J. arbeitslos und aussichtslos werden, eine besondere Arbeitslosenunterstützung bis zu 14 Tagen in der Höhe der Klasse bezahlt werden, für die das Mitglied bezugsberechtigt ist. Die bezogene Extraunterstützung kommt bei einem späteren Unterstützungsfall nicht in Betracht. Dasselbe ist bei solchen ausgesteuerten Mitgliedern der Fall, die sich in der Zeit vom 16. Februar bis 31. März d. J. auf die Reise begeben. Es steht zu erwarten, daß auch die Lokalfassen für den gleichen Zeitraum zu dieser Extrahilfestellung einen Zuschuß gewähren.

In Berlin sind bei 4000 Mitgliedern gegenwärtig über 500 arbeitslos, von denen circa 300 in Genuss dieter Unterstützungen kommen. Im Offenbacher Gebiet liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Arbeitslosenlast würde noch größer sein, wenn nicht in den Tarifverträgen Vorlage getroffen wäre, daß erst die tägliche Arbeitszeit auf 7 Stunden verkürzt werden müßt, ehe Arbeitsentlassungen vorgenommen werden dürfen. In vielen Betrieben wurden Verhandlungen getroffen, wonach täglich nur 4 Stunden gearbeitet wird, um Entlassungen zu verhindern. Bei dieser Gelegenheit zieht sich die gewerkschaftliche Solidarität der organisierten Berufskollegen. Viele von ihnen verdienen zugegebenermaßen weniger als die Arbeitslosenunterstützung ausmacht, aber sie begnügen sich damit, um die Verbandsfasse nicht allzu sehr zu belasten und um das Herz der Arbeitslosen nicht noch mehr zu vergrößern.

Auch ein „Terrorismusfall“. In einer Kartonagenfabrik in Limbach i. Sa. arbeitete der unorganisierte Kartonagenarbeiter Schramm. Er wurde an eine Maschine gestellt, an der vorher ein Mitglied des Verbandsverbandes gearbeitet hatte. Als nun beim Wechsel des Arbeitsplatzes ein Schlüssel von der zu bedienenden Maschine herfiel, warf ihn Schramm mit aller Wucht in den Verbandsstallen ohne jegliche Veranlassung ins Gesicht, daß dieser Blut aus dem Gesicht fließt. Schramm währte während der Rokokolassenz der Santa Lucia Sterkungs-

spruch nehmen mußte. Um ein Haar hätte Schramm dem Verbandsstall einen Knauf ausgeworfen. In der Gerichtsverhandlung vor dem Schiedsgericht in Limbach suchte Schramm die Sache so darzustellen, als ob der Verbandskollege abschließend den Schraubenschlüssel auf seine Maschine hingelegt habe, weil er, Schramm, nicht organisiert sei. Damit hatte der rohe Bursche zwar kein Glück, weil er auch nicht den Schaden eines Verlustes dafür angesehen vermochte; aber sehr wohl, daß das Urteil aus im Hinblick an die ungehörlichen Strafen, die über thätige Verleidige von Arbeitswilligen verhängt werden. Schramm wurde zu 50 Mark Strafe und zur Strafe der Verbandskollegen verurteilt. — Was sollte wohl der Verbandskollege, Vater von drei Kindern, erhielt sofort seine Entlassung, nachdem das Urteil gefällt war?

Spannerausbesserung in England. Die Baumwollwollfabrikanten von Burnley haben beschlossen, ihre Spinnereien in Kürze aus vier Wochen zu schließen. Es werden dadurch 40000 Arbeiter betroffen und 10000 Webstühle stillgelegt werden. Der Verlust an Löhnern wird auf sechs Millionen Mark geschätzt. In den benachbarten Bezirken von Preston und Blackburn haben die Arbeitgeber zwar keinen Beschlussschluss zur Einschränkung ihrer Betriebe gesetzt, doch wird eine solche zweifellos von seiten einer Reihe einzelner Spinnereien vorgenommen werden.

Schlesien und Posen.

Wie Dr. v. Heydebrand Reichstagabgeordneter wurde.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstags prüft in ihrer Sitzung vom Mittwoch die Wahl des Abg. Dr. v. Heydebrand, der im Wahlkreis Mühlisch-Treibitz mit einer Mehrheit von 1632 Stimmen gewählt wurde. In dem von den Nationalliberalen eingelegten Protest wird gesagt, daß von einer konservativer Seite mit Mühlisch gearbeitet werden soll, wie es mir felsen in einem Wahlkampf geschehen mag. All die bekannten unfaulsten Mittel kommen in Anwendung: Saalabtreibung, Wahlkrot, Stimmenauflauf, Spaltung von Ver- sammlungen und ähnliche Wahlkampfmaßnahmen. Den Gürteln wurde in ungezählten Fällen Geld dafür geboten, wenn sie ihre Gürtel anderen Parteien nicht zur Verfügung stellten oder wenigstens die Verwertung des Hauchs während der Sitzung der Versammlung versagten, damit die insbesondere unter Führung eines Gewerkschafters organisierten Spinnereien in Tägigkeit treten konnten. Diese Spinnereien, die zumeist aus unfreiwillingen Teilnehmern bestanden, wurden von den Großgrundbesitzern auf Wagen westlich herbeigeschafft. Die Folgen dieser Tägigkeit waren tumultäre Versammlungen, Auflösungen, Auseinande setzung und auf nationalliberalen Parteidaten durch Steinwürfe usw. Den Gaswirken wurde auch teilweise die frühere Polizeisturz angebracht, wenn sie den Sozialdemokraten ihren Saal zur Verfügung stellen wollten. In einer Reihe von Orten wurden bei den Wählern die gegnerischen Stimmen abgeholt und dafür solche von Heydebrand ausgestellt. Gemeindevorsteher schickten die Gemeindeleute mit Flugblättern von Heydebrand zu Hause. Die Ortsarbeiter wurden geschnitten zum Wahlkrot geführt und dort bis zur Stimmberechtigung überwacht, damit sie andere als Heydebrandsche Stimmen nicht in die Hände bekommen. In einem Falle wird auch behauptet, daß der Wahlvorsteher die Wahlkrotwirte öffnete, die gegen Heydebrandsche Stimmen abnahmen und durch Heydebrandsche Stimmen ersetzt. Obwohl Herrn v. Heydebrand infolge dieser Vorwürfe eine größere Polizeisturz angebracht, wenn sie den Sozialdemokraten ihren Saal zur Verfügung stellen wollten. In einer Reihe von Orten wurden bei den Wählern die gegnerischen Stimmen abgeholt und dafür solche von Heydebrand ausgestellt. Gemeindevorsteher schickten die Gemeindeleute mit Flugblättern von Heydebrand zu Hause. Die Ortsarbeiter wurden geschnitten zum Wahlkrot geführt und dort bis zur Stimmberechtigung überwacht, damit sie andere als Heydebrandsche Stimmen nicht in die Hände bekommen. In einem Falle wird auch behauptet, daß der Wahlvorsteher die Wahlkrotwirte öffnete, die gegen Heydebrandsche Stimmen abnahmen und durch Heydebrandsche Stimmen ersetzt. Obwohl Herrn v. Heydebrand infolge dieser Vorwürfe eine größere Polizeisturz angebracht, wenn sie den Sozialdemokraten ihren Saal zur Verfügung stellen wollten. In einer Reihe von Orten wurden bei den Wählern die gegnerischen Stimmen abgeholt und dafür solche von Heydebrand ausgestellt. Gemeindevorsteher schickten die Gemeindeleute mit Flugblättern von Heydebrand zu Hause. Die Ortsarbeiter wurden geschnitten zum Wahlkrot geführt und dort bis zur Stimmberechtigung überwacht, damit sie andere als Heydebrandsche Stimmen nicht in die Hände bekommen. In einem Falle wird auch behauptet, daß der Wahlvorsteher die Wahlkrotwirte öffnete, die gegen Heydebrandsche Stimmen abnahmen und durch Heydebrandsche Stimmen ersetzt. Obwohl Herrn v. Heydebrand infolge dieser Vorwürfe eine größere Polizeisturz angebracht, wenn sie den Sozialdemokraten ihren Saal zur Verfügung stellen wollten. In einer Reihe von Orten wurden bei den Wählern die gegnerischen Stimmen abgeholt und dafür solche von Heydebrand ausgestellt. Gemeindevorsteher schickten die Gemeindeleute mit Flugblättern von Heydebrand zu Hause. Die Ortsarbeiter wurden geschnitten zum Wahlkrot geführt und dort bis zur Stimmberechtigung überwacht, damit sie andere als Heydebrandsche Stimmen nicht in die Hände bekommen. In einem Falle wird auch behauptet, daß der Wahlvorsteher die Wahlkrotwirte öffnete, die gegen Heydebrandsche Stimmen abnahmen und durch Heydebrandsche Stimmen ersetzt. Obwohl Herrn v. Heydebrand infolge dieser Vorwürfe eine größere Polizeisturz angebracht, wenn sie den Sozialdemokraten ihren Saal zur Verfügung stellen wollten. In einer Reihe von Orten wurden bei den Wählern die gegnerischen Stimmen abgeholt und dafür solche von Heydebrand ausgestellt. Gemeindevorsteher schickten die Gemeindeleute mit Flugblättern von Heydebrand zu Hause. Die Ortsarbeiter wurden geschnitten zum Wahlkrot geführt und dort bis zur Stimmberechtigung überwacht, damit sie andere als Heydebrandsche Stimmen nicht in die Hände bekommen. In einem Falle wird auch behauptet, daß der Wahlvorsteher die Wahlkrotwirte öffnete, die gegen Heydebrandsche Stimmen abnahmen und durch Heydebrandsche Stimmen ersetzt. Obwohl Herrn v. Heydebrand infolge dieser Vorwürfe eine größere Polizeisturz angebracht, wenn sie den Sozialdemokraten ihren Saal zur Verfügung stellen wollten. In einer Reihe von Orten wurden bei den Wählern die gegnerischen Stimmen abgeholt und dafür solche von Heydebrand ausgestellt. Gemeindevorsteher schickten die Gemeindeleute mit Flugblättern von Heydebrand zu Hause. Die Ortsarbeiter wurden geschnitten zum Wahlkrot geführt und dort bis zur Stimmberechtigung überwacht, damit sie andere als Heydebrandsche Stimmen nicht in die Hände bekommen. In einem Falle wird auch behauptet, daß der Wahlvorsteher die Wahlkrotwirte öffnete, die gegen Heydebrandsche Stimmen abnahmen und durch Heydebrandsche Stimmen ersetzt. Obwohl Herrn v. Heydebrand infolge dieser Vorwürfe eine größere Polizeisturz angebracht, wenn sie den Sozialdemokraten ihren Saal zur Verfügung stellen wollten. In einer Reihe von Orten wurden bei den Wählern die gegnerischen Stimmen abgeholt und dafür solche von

Einkäufe
möglichst in den
Vormittagstunden

Seltene Gelegenheit!

Nach beendet Hochsaison stellen wir die noch reichhaltigen Bestände unseres Lagers in **Kostümen, Damen-Konfektion,**
Ultern, schwarzen Frauen-
mänteln, Röcken, Kindermänteln → **unter der Hälfte** der regulären Verkaufspreise zum Verkauf.
Das Lager umfasst 4 Gruppen und zwar:

Kinder-
mäntel
von Mk. 1.50 an

- Gruppe I: Röcke, Kinderkonfektion, Jacketts etc., farbige Paletots 5.- Mk.
Gruppe II: Kostüme, Paletots, Ulster, Sammet-Jacketts, schwarze Frauen-Mäntel 10.- Mk.
Gruppe III: Ulster, Kostüme, schwarze Frauen-Mäntel, Astrachan-Paletots . . 15.- Mk.
Gruppe IV: Kostüme, Ulster etc. und Modelle 25.- Mk.

Ausstellung
im Schaufenster

M. Berger Nachfolger

Damen- und Mädchen-Mäntelfabrik Ohlauerstraße 80

neben der Weinhandlung Kempinski.

Stadt-Theater.

Donnerstag 7½ Uhr: 14352
Zum 1. Male.
"Das Märchen
aus dem goldenen Weizen".
Freitag 7½ Uhr
"Die Matrienkönnigin."
"Die Matrosenkönigin."
"Bajazzo."
(Balletttheaterstück.)
Samstag, Abend 5 Uhr:
"Paradies."

Die Ausgabe der vorbeschrittenen Eintrittskarten für die Aufführung von "Paradies" am 21. Februar 1914 findet nur Sonnabend, den 14. Februar, vorerst von 10 bis 2 Uhr, und Sonntag, den 15. Februar, vorerst von 11 bis 2 Uhr an der Lagekasse des Stadttheaters statt. Den Abonnenten bleiben ihre Plätze gegen Nachzahlung der Differenz zwischen dem Kostenpreise und dem abgezogenen Preise ebenfalls bis Sonntag 2 Uhr reserviert. Wer bei abgezogenen Eintrittskarten, ebenso Abonnenten, wird von Montag ab anderweitig bestätigt.

Lobe-Theater.

Donnerstag 7½ Uhr:
Humboldt-Verein, 14359
"Die heitere Rendez."
Freitag 7½ Uhr:
"Der ungetraute Schachert."
Samstag, 7½ Uhr:
Zum 1. Male:
"Esford."

Thalia-Theater.

Freitag: Humboldt-Verein,
14363 6. Abonnement-Dienstleistung.
"Die Wilhelmine."
Samstag: Volks-Aufführung:
"Der müde Theodor."
Sonntag, 7½ Uhr:
"Die Neuwählten."
"Abschiedsaloupe."

Schauspielhaus (Operettenbühne.)

Heute, Donnerstag 5 Uhr: 14371
Zum 60. Male.
"Die Königin."
Freitag 8 Uhr:
"Polenblut."
Samstag 8 Uhr:
"Polenblut."

Lieblich's Etablissement.

Täglich abends 8 Uhr:
Das brillante Februar-Programm.
u. a. 14380
Auto gegen Expresszug;
Bernhard Mörlitz!
Sonntag, 15. Februar, 4 Uhr:
Nachmittags-Vorstellungen.

Viktoria-Theater.

"Die Schiffbrüchigen".
Am. Wochentg. 8½, Sonntg. 8 U.
Nächste Nachtm.-Vorstellung
Sonntag, den 15. Februar.
Bons wochentags gültig, 14384

Palmengarten

Morgen Freitag:
Elite-Tag
und
Prämierung

die hellste
Blondine
3 prachtvolle Preise.

Wilhelmsburg

Heute Donnerstag: 14383
Fideles Fest,
Tanzabend, kosteder
gratuit. Zug. F. Hötzl.

Masken-Kostüme

Größtes Spezial-Verleih- u. Versandhaus 1. Ranges

A. Franz Nachf. H. Wiersing

Messergasse 1, am Neumarkt. — Tel. 7996.

Fabrik histor. Festzugs- u. Quadrillen-Kostüme.

Nur für Bräute! Schweinefleisch

Heiraten Sie nicht, bevor Sie die auf-
klarenden Schulz gesehen haben:
"Weissst Du alles, um heiraten zu können?"
Gegen Einwendung von Mk. 1.80 per
Postanweisung (oder in Triesten) zu
bezahlen durch: 13842
R. Opitz, Trebnitzerstrasse 18.

Masken-Kostüme

Novellen von Gustav Schubert
20 Pf., früher 1 Mk.
Zu beziehen durch die Expedition

Der Anarchist

Novellen von Gustav Schubert

20 Pf., früher 1 Mk.

Zu beziehen durch die Expedition

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Bad Schandau, 14. Februar | 11. Februar | 12. Februar

Uhrzeit: 14. Februar | 11. Februar | 12. Februar

Windstärke (C). + 2,7 + 0,6 - 0,2 + 4,0 + 1,0 - 2,0

Winddruck (mm.oresb.) 754,6 754,7 754,8 753,4 751,2

Dunkelheit (mm.) 4,4 4,2 3,8 4,6 3,9

Dunkelfärbung (%) 74 58 56 56 58

Wind (0-12) ED 1 ED 1 ED 1 ED 2 ED 2

Wetter: heiter heiter heiter heiter heiter

* Zur Reaktion aufs Meeresspiegel sind 13,1 m hinzuzufügen.

Zigarren-Spezial-Geschäft

Matthiasstrasse 107, Ecke Kreuzburgerstrasse.
Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabake, Pfeifen.

14166

Extrafeine blaustrische Ware 1. Qualität

14436 kommt Donnerstag und Freitag
in der

Nordsee

Geschäft: F. Oeder Trapp

Nur Schmiedebrücke 19 rechts vom Ring aus, Fern-
sicher 5280 u. 5281, Kaiser-Wilhelm-Straße (Bahnbogen), Fernstr. 4223.

Jaffico Billigen Preisen zum Verkauf.

Extrafeiner Tabak im Schnitt
Seelachs im Schnitt

24

ff. Ankerhahn
ff. Port. Schellfisch
ff. zarte Seefelsen

Zichkotelets ohne Haut und Gräten à 1 Pf. 55,-

Feinster Angel-Schellfisch, à 1 Pf. 58,-

Grüne Heringe à 3 Pf. nur 50,-

Braschollen, Seelunge, Rottunge, gr. Scholle, Leb. Karpfen,
Schleie, Hechte, Maie, Forellen,

Echte Kieler Schlei-Bücklinge à 5 Pf. 25,-

Echte Kieler Sprotten à 1/4 Pf. 25,-

Weides wirklich echte Sprotten. Das Beste was es gibt.

Ferner alle anderen Ränderwerken und Marluaden.

Honkurrenzlos billig.

Gelbe Sprotten Liste à 1/4 Pf. 55,-

goldgelbe Ware Liste à 2 Pf. 75,-

Fortsetzung des Breslauer Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Sprechmaschinen, Schreibplatten

Deutsche Schreibplatten-Gesellschaft
Gabriel & Co., Gartenstrasse 88

Zeichnungen, Skizzen, Rätsel.

Rock- u. Frack-Verleib-Institut

Benedix, Blatt, Zimmerschrank 22, vtr.

Wende, Carl, Schreibtisch 53, J. Schreiber

Groß-Spezialmöbel, Rennert 16

Edelholz, 11236, Tel. 10779.

Gebr. G. & H. Rennert, 7/9, Tel. 9624.

Gebr. (Kunstler), Schenke 29, Leopold.

Sargmagazin

Benedix, Ges. m. R. L. 1, Edelholz

Groß, J. Großmehrtheke 85.

Reuter, Mr., Schreibtisch 38, Große Fabrik

Gebr. (Kunstler), 22, Edelholz

Wetter, Carl, Edelholz, Schreibtisch 15.

Seifengeschäfte

Gebr. Kommerz, Seifengeschäfte.

Wetter, G. (L. K. S. Ges.), Schreibtisch 25

Wittgen, Mr., Dienstfurniture 124, 2, 1842.

Gebr. (Kunstler), 18, (Büro).

Zeit, Max, Seifengeschäfte 61.

Schärne, Stücke

Richt, M., Teppich 20.

Strick, Paul, Dienstfurniture 11.

Gebr. (Kunstler), Schreibtisch 22.

Gebr. (Kunstler), 3, am Dienstfurniture

Seifengeschäfte, Schreibtisch 22.

Gebr. (Kunstler), 18, Dienstfurniture 16.

Neidhardt, Werner, Dienstfurniture 48.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 22.

Christmann, Tisch 186.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 38.

Neidhardt, Werner, Dienstfurniture 48.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 50.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 52.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 54.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 56.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 58.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 60.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 62.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 64.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 66.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 68.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 70.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 72.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 74.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 76.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 78.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 80.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 82.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 84.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 86.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 88.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 90.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 92.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 94.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 96.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 98.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 100.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 102.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 104.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 106.

Gebr. (Kunstler), Dienstfurniture 108.

1. Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. Februar.

Die Frauen der Ausgesperrten.

Der große Saal des „Kronprinzen“ auf der Westendstraße sah Mittwoch nachmittag eine so gewaltige Frauenversammlung, wie sie in Breslau vielleicht noch nie zusammengekommen war. Ein ganzen weiten Raum war kein Platz mehr frei; in den Wänden, an den Seitenwänden und in der Nähe des Eingangs drängten sie sich Kopf an Kopf, und die Galerie war schwarz voll Menschen. In fast unübersehbarer Menge hatten sich die Frauen der Ausgesperrten eingefunden, um ebenfalls diesen schweren wirtschaftlichen Kampf zu besprechen, wie es ihre Männer schon am Tage vorher getan.

Denn auch um ihre Sache handelt es sich. Sie drückt die häusliche Not, die Sorge um das tägliche Brot vielleicht noch schwerer als den Mann. Aber wer diese Frauen sah mit der Einschlossenheit in den oft so grausam-schrecklichen Augen, der wußte, daß auch sie bereit waren, den Kampf um die Menschenwürde an der Seite ihrer Männer zu bestehen. Vielleicht mit ganz verschwindender Ausnahme begleitete sie ein einziger Wille, auch der stürmische Hass, den sie den Männern zollten, zeigte ihre Gefühle am besten. „Gott sei Dank“ war die Zustimmung, als Frau Lawatich sie mit bewegten Worten auf die Sorgen hinwies, die sie bisher schon ertragen mußten, auf das Elend und die Not des armen Heims. Da standen mancher ihrer Schwestern Tränen in den Augen, und begeistert stimmten sie ihr zu, als sie in feurigen Worten zum Auftreten bis zum endlichen Sieg aufforderte.

Der Leiter des Fabrikarbeiterverbandes Grohmann erfuhr die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß nur die Frauen der Ausgesperrten eingeladen seien. Es hätten sich aber auch einige Frauen der Gewerbe eingefunden, deren Männer an die Zukunft Arbeitswilligen und leidende vertrachteten. Doch auch sie mögen richtig hierbleiben. Vielleicht beherzigen sie sich, was sie hören werden, und bestimmen ihre Männer dazu, die Fäste zu mieten und sich den Brüdern in ihrem getreuen Kampfe anzuschließen.

Dann kam Genosse Philipp das Werk. Er schilderte, wie sich die ehemals nicht schlechten Verhältnisse in den Unternehmens-Werken sehr verändert hätten, seit der junge Direktor, Herr Giebeler, sein Amt ausübte. Der versuchte sich damit möglichst zu machen, daß er möglichst hohe Gewinne auf Kosten der Arbeiter herauszuschlagen wolle. In den letzten 15 Jahren sind die Arbeitslöhne bei der Firma nicht erhöht worden, obwohl die Lebensmittelpreise und die Mieten ganz erheblich gestiegen sind, was die Frauen ja am besten wissen. Seit nun einige Arbeiter an ihrem Amt bei Setzlaßtätigkeit und langer Arbeitszeit etwas verdienten, läßt man einschließlich die Löhne aller Arbeiter. Dazu glaubte die Firma jetzt die beste Belegschaft zu haben, denn es ist Winter und die Arbeitssaison ist groß. Da rechnete man damit, daß schon die Frauen ihren Männern zuschauen würden, die Arbeit unter allen Umständen wieder aufzunehmen. Der Lohn wurde also im Durchschnitt um 15 Prozent herabgesetzt. Das ist besonders für die Frauen ein schwerer Schlag, denn was ihre Männer weniger verdienen, das wird ihnen am Wirtschaftsgeld entzogen.

Die Direktion hat bis heute noch nicht mit sich reden lassen. Gieder haben sich einige Arbeiter gefunden, die ihren kämpfenden Brüdern in den Rücken fielen. Einige Beamte waren eifrig Willig, die Leute in den ersten Wertheim zu pressen. Das waren eben ehrlichen Arbeitern zuwiel. Und weil sie sich nicht so fügen wollten, wie es gewünscht wurde, sprach man sie am Sonnabend einfach aus.

Das ist für die Frauen besonders bedeutungsvoll. Sie und ihre Kinder müssen arbeiten, weil ihr Mann schon längst nicht mehr das nötige Brot heranschaffen kann. Ihre Nachzüge verhindern, denn er hat nicht die nötige Nahrung und Kleidung. Darum haben die Frauen den ersten Grund, ihre Männer daran zu erinnern, daß sie menschenwürdige Löhne verdienen müssen, um die Familie erhalten zu können. Sie müssen mit der Organisation zusammenziehen, um den Mann zu erziehen. Seien Sie also Ihren Männern wadere Gefährten in diesem Kampfe, damit sie nicht armlos werden, und als Arbeitswillige ihre Ehre verteidigen. Die Geschäftsführer sind in diesem Kampfe mit keinerlei Ausnahmen auf ihrer Seite.

Auch den Gewerken ist abgezogen worden. Und als sie Unterschiede bei der Direktion vorstellig wurden, sagte man ihnen: „Sie kann gehen.“ — Die Direktion sagt freilich, der Arbeiter soll garnicht weniger verdienen, er soll nur mehr arbeiten. Die Leute wären zu faul. Das wagt man fleißigen Arbeitern zu sagen! Dagegen müssen unsere Frauen entschieden protestieren. Sie werden sicher mit ihrem Mann hungern, als daß sie es zugeben, ihr unter so unvorstellbaren Verhältnissen arbeiten zu lassen.

Aus allen Gegenden werden jetzt Streikbrecher herangezogen. Diese Leute können uns aber nicht gefährlich werden, denn zum arbeiten sind sie nicht da. Viele Subjekte sind einfach und moralisch so heruntergekommen, daß ihnen alles abschärflich ist. Über den Frauen der Arbeiter die im Betrieb stehen geblieben sind, rufe ich zu: „Beleidigt eure Männer, daß sie sich wieder auf ihre Ehre beschließen. Wer sich jetzt entniedrigt hat und weiterarbeitet, der wird freilich gestreichelt, aber immer noch denken seine Vorgesetzten: „Ein Lump bist du doch“. Wir haben die feste Hoffnung auf den Sieg, wenn wir einig sind. Reicher Beifall!“

Der Leiter des Breslauer Gewerbevereins, Herr Böthner, nahm daraus Gelegenheit, zu den Frauen zu reden. Es sind, so meinte er, allerhand Angaben über den hohen Verdienst der Arbeiter in den Werken verbreitet worden. Demgegenüber stellte er fest, daß der höchste Lohn der Bohrer bei 70 Mark pro Stunde 82 Mark betragen habe. Demgegenüber kriegen sie den Dank für die lange Arbeitszeit, der Bohr soll ihnen noch gefügt werden. Dabei arbeiten im Werk eine Menge Leute, die nicht einmal den arbeitsfähigen Tag lohn verdienen.

Beider sind die katholischen Facharbeiter von ihrer Verbandsleitung angewiesen worden, weiter zu arbeiten. Die Ausgesperrten dieses Verbandes erhalten keine Unterstützung. Sie haben sich vernünftigerweise den anderen Organisationen angeliefert. Man sagt, daß sich Eichberg von Polizeibeamten in seiner Wohnung bewachen läßt. Sonderbar!

Die Frauen müssen den Männern mit Hunderter und Besseren heftig zur Seite stehen. Darum hilf mir Gott, nichts unternehmen, was gegen die öffentliche Ordnung verläuft. Der größte Teil der Bürger steht auf unserer Seite, und wenn auch die Frauen treu bleiben, ist uns der Sieg sicher. (Beifall.) Denkt an Gott, der die pun das Wort nahm, und zum Herzen gehende Worte. Wie Frauen können schon längst nicht mehr mit uns. Eine der Männer wirtschaften, wir selbst und

unsere Kinder müssen schon längst mitverdienen. Da ist es doch erlaubt, daß ein junger Mann mit einem Kleingeschäft es sich erlauben darf, den Familienvätern die Löhne zu klauen. Dann wird man uns Frauen obendrein noch vor, daß wir nicht zu wirtschaften verstehen. Sind es nicht immer die Frauen, die zuerst hungern und darben müssen, wenn das Brot knapp wird? (Stürmische Zustimmung.) Dass die Frauen heute so zahlreich hier anwesend sind, das sie den notwendigen Kampf ihrer Männer verstehen. Zeit ist es ihre Sache, festzuhalten. Dürden wir nicht, daß später vielleicht unsere Kinder sagen müssen, ihr Vater sei ein Verräter an seinen Brüdern geworden, weil die Mutter es so haben wollte. Nach wenn der Kampf weiterlang dauern sollte, werden wir nicht verzweifeln, denn wir sind schließlich das Simgern geworden. (Langanhaltender Beifall.)

Geboren waren wir erinnert zum Schluss daran, daß alle kämpfenden Organisationen kein zusammenhalten. Auch die Frauen werden sich sicher nicht unzulänglich zeigen. Ihre erste Pflicht aber ist, alle bürgerlichen Befreiungen aus dem Hause zu werben, in denen sich Streikbrecherläden befinden. Nur die „Volkswacht“ gehört in die Arbeitervorhöfe. Lassen Sie sich nicht zu Bekleidungen der Arbeitswilligen verführen. Das gäbe den Behörden nur Anlaß zum Einschreiten. Zu unserem Wohle und zum Wohle der Kinder wählt den christlichen Namen und tut Ihre Pflicht bis zum letzten Atemzuge. — Einstimmig nahmen die Frauen folgende Entschließung an:

„Die heute im „Deutschen Kronprinzen“ versammelten über 2000 Frauen der Ausgesperrten der L.-G.-W. nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem schamhaften Vorgehen der Direktion des L.-G.-W. Sie erklären sich mit den Kämpfern eines Referenten einverstanden und geloben, ihren Männern eine treue Bündesgeschwossen in diesem schweren Kampf zu sein. Sie erkennen an, daß nur durch Einigkeit und Solidarität die Aufforderungen abgewehrt werden können und sprechen den Organisationen ihr volles Vertrauen aus. Ferner geloben sie, den Organisationen immer neue Mitglieder zuzuführen.“

Der Eingang der „Querstreiter“.

Der Brief des Kardinal Röpp hat die katholischen Katholiken um Oppendorff mit neuem Blute erfüllt und unter glütiger Mitwirkung des Pfarrers Simbal und anderer Breslauer Priester wird der vielgehafte Herausgeber des Katholischen Deutschland, Pfarrer Dr. Weiberowksi aus Reichthal am Sonntag im Elisabethshause in der Gräbschenstraße zwei Versammlungen abgehalten. Er wird sich aber schon in acht nehmen müssen, daß ihm bis dahin der Saal nicht abgetrieben wird, denn die Potsdamer kennen keine Rücksichten gegen die herausgezogenen katholischen Brüder in Christo.

Wie Herze kämpfen.

Das Kuratorium des Allerheiligen-Hospitals besteht in einer Zuschrift an hiesige Eltern auf Grund der „amtlichen Auslagen“ des betreffenden Arztes die von uns mitgeleitete Abreise der kranken Frau Patchurek und läßt einen Brief der Frau Anna, in welcher sie sich über die Veröffentlichung des Gräbschenfalls bestellt.

Wir haben dazu zu bemerken, daß die von uns gegebene Schilderung genau der Protokollsage entnommen ist, die die Frau einem Kassenbeamten machte, der garnicht mit der Sozialdemokratie zu tun hat, sondern als Zentrumsmann ihres Wagners ist. In ihrer Zuschrift an uns hat die Frau die Möglichkeit der Darstellung auch garnicht bestritten, sondern nur die Veröffentlichung des Vorfalls, weil sie davon nun annehmen möchte, es bestünde.

Daraus mag man ersehen, welchen Wert die Nichtgestellung des Kuratoriums hat, daß doch in den letzten Wochen gerade genug Gelegenheit hatte, menschenfreundliche Handlungsweser von Arzten zu beobachten.

Der belästigte Lieutenant.

Es ist höchst gefährlich, einem Schuhmann oder einem Arbeitswilligen Nähe zu kommen; es ist nicht minder gefährlich, einen Offizier zu „belästigen“.

Der Lieutenant Walter Krüger von der 2. Kompanie des Schlesischen Train-Bataillons Nr. 6 unternahm am selben Morgen des 12. April 1913 einen Übungsrückmarsch nach Gondau. Auf dem Marchplatz zeigte sich sein Pferd sehr störrisch und machte einige ungeliebte Sprünge. Der Schiffseigner Franz Bolte, der gerade dort vorüberkam, soll laut geräumt haben: „Nu sie bloß einer an. Das ist mir och ein komisches Reitenn; en bischen mehr Ahnung habe ich doch, obwohl ich bloß Kanonier gewesen bin.“ Über diese Bemerkung sollen einige Mädchen gesiecht und dadurch den Gaul noch wilder gemacht haben. Der Offizier wünschte einem Schuhmann, damit er den Namen des Schiffseigners feststelle. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen ihn Anklage wegen öffentlicher Beleidigung in Verbindung mit grobem Unzug. Da sich der Angeklagte gegenwärtig im Sudetenkreis aufhält, war er vom persönlichen Erscheinen vor dem hiesigen Schöffengericht auf sein Gefuch bestellt worden. Aus den Akten wurde festgestellt, daß der Angeklagte nie beim Militär gewesen ist. Der Staatsanwalt beantragte dreißig Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte aber auf 48 Mark Geldstrafe, weil es sich — wie der Verteidiger sagte — um eine „recht freie Belästigung“ des Lieutenants gehandelt habe. Diesem wurde auch die Befugnis zugetragen, das Urteil auf dem Kasernenhof öffentlich bekannt zu geben, „damit jeder einzelne Mann sieht, daß er kein Recht hat, nach seiner Erlösung einem Offizier so respektlos gegenüberzutreten.“

Der Bürger hat dies Steuern zu zahlen, damit das herrliche Kriegsboer feststellen kann; im übrigen aber heißt es Gönne an die Hosenhaft und den Mund gehalten. Es waren höchst staatsgefährliche Worte, die der Schiffseigner herausbrachte, und Strafe muß sein.

* Neuerpatrioten. In der „Süddeutschen Tabakzeitung“, dem Centralorgan für die Tabak- und Zigarettenfabrikation in Mannheim, lesen wir unter Breslau:

„Die wiederholten Anregungen, die von den deutlichsteindlichen Leuten in Gabern und Umgegend wirtschaftlich hochkultivierten Inhaber des Zigarettengeschäfts in Gabern, Frau Evers, zu unterstützen, hat auch in der hiesigen Stadt eine erfreuliche Wirkung gebracht. Es ist von den Teilnehmern an der Käfer-Geburtsstagsfeier (Welcher?) eine Feststellung auf Lieferung von über 3000 Zigaretten und Zigaretten an Frau Evers ausgegangen.“

Frau Evers benötigt also die Gaberner Vorgänge als Reklame für ihr Geschäft. Es wäre sich empfehlen, besonders Marken v. „Förster“ und „Oberst Kleiner“ zu führen. Geschäft ist Geschäft,

* Schuldiebstahl. Vom Klebercrechen der Schule auf der Magazinstraße ist ein schwarzer Karren umhängt gestohlen worden.

* Golddiebstahl. Von einem Klebercrechen ist während der Fahrt ein Kasten mit Darsteller gestohlen worden.

Eine Vertreter-Versammlung

des sozialdemokratischen Vereins Breslau, wird Donnerstag nächster Woche im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“ abgehalten. Näheres sagt das Inserat in der heutigen Nummer.

Zur Faust-Aufführung des Bildungsbaudschusses

Die Aufführung des großen Goethe'schen Dramas „Faust“ findet am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 8½ Uhr, im Lobetheater statt. Die Ausgabe der Billets erfolgt am kommenden Montag, den 16. Februar, abends, im Gewerkschaftshaus. Die Preise der Plätze sind wie folgt festgesetzt: Sieghalle 15 Pf., Sitz-Galerie 30 Pf., 2. Rang 60 Pf., Parkett 90 Pf., 1. Rang 1 M. Die Auslösung beginnt um 7 Uhr, die Ausgabe der Billets um 8 Uhr.

Für die Aufführung der „Schiffbrüchigen“ im Viktoriatheater am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 9½ Uhr, sind noch Billets im Zimmer 36 des Gewerkschaftshauses zu haben.

Mangel an kleinen Wohnungen.

Zu dieser Frage, die in Breslau von großer Bedeutung ist, weil hier die leerstehenden kleinen Wohnungen erschreckend zurückgegangen sind, schreibt jetzt die „Arbeitsmarktkorrespondenz“:

Die mehrjährige Krise im Bauwesen hat das bisherige Überangebot an „herrschaftlichen“ Wohnungen auf ein normales Maß herabgesetzt. Dagegen mußte sich unter dem vollen Eindruck der Vorräufigkeit der vorher schon vorhandene Mangel an kleinen Wohnungen allmählich in „immer häufigerem Maße bemerkbar machen. Wenn nun mehr am Baumarkt mit der neuen Saison auch ein lebhafteres Tempo eintreten sollte, dann bliebe wahrscheinlich wieder die Errichtung von Bauten und Dwellings als dringende Notwendigkeit erklärt und bei der guten Verzinsung in großem Stile betrieben werden.

Damit ist aber die große Masse der großstädtischen Bevölkerung gar nicht recht gedient. Der verhältnismäßig hohe Mietspreis dieser Wohnungen belastet eben einen ohnedies kleinen Haushalt zu stark und führt naturgemäß zu dem nicht gerade erfreulichen Übermieter. Dieses aber bedeutet doch nichts anderes als die dringend zu beseitigende Schlafstellenwirtschaft mit all ihren bedenklichen Nebenerscheinungen in gesundheitlicher und sozialer Beziehung. Die Erkenntnis von den nachteiligen Folgen dieser Einrichtung ist in Arbeitervierteln selbstverständlich ebenso verbreitet wie anderswo. Wenn trotzdem an der alten Gewohnheit festgehalten wird, dann geschieht es aus materiellen Gründen.

Soll also der Nebelstand beseitigt werden, dann wird es nur möglich sein durch Schaffung zweckmäßiger Arbeitervorhöfe. Unter den heutigen proletarischen Einwohnerverhältnissen bleibt die aus einem Zimmer und Küche bestehende Wohnung vorläufig die einzige praktisch in Frage kommende Möglichkeit. Eine größere Zahl von Bürgern spielt in Wirklichkeit für den Arbeiter doch nur eine nebengrößere Rolle, weil er doch in der Regel die Küche als Wohnraum benötigt. Das Hauptbedürfnis besteht vielmehr darin, daß die Arbeitervorhöfung gesundheitlich den modernen Anforderungen genügt.

Also weite und hohe Räume mit Licht und Luft! Vor allem aber erscheint die durchgängige Einführung von Bad mit Warmwasserversorgung als unvermeidliche Aufgabe großstädtischer Wohnungsfürsorge. Die Warmwassereinrichtung ist hier vielleicht notwendiger als in den wohlhabenden Bezirken. Alle die Arbeiterfrau, die vielfach am Abend von ihrer Arbeit nach Hause zurückkehrt und dann erst an die Bereitung des Essens gehen kann, bedeutet es eine große Erschwerung, wenn sie neben einem sehr nötigen Kochgasapparat auch bald heißes Wasser zur Verfügung hat. Darin liegt noch so manches im Uecken. Und gerade hier ist eine durchgreifende Reform am ehesten am Platz. Daneben sollte die Errichtung von Ledigenheimen großflächig organisiert werden.

Eritt hier nicht ein weitgehender Wandel ein, dann besteht die Gefahr, daß der willkürliche Gewinn, der in der angebundenen Art für die Arbeiterfamilie erreicht werden könnte, auf der anderen Seite wieder unwirksam gemacht würde. Deshalb ist nur dann Aussicht auf Erfolg vorhanden, wenn beides zugleich unternommen wird: Bau von modern ausgestatteten Kleinwohnungen und Errichtung von Ledigenheimen im großen.

* Wegen Beleidigung des Breslauer Magistrals stand der Bureauhausbeamte B. am Mittwoch vor der Breslauer dritten Strafkammer. Der Angeklagte war seit 1894 in städtischen Diensten gewesen. Zuletzt hatte er ein Jahresgehalt von 1650 Mark. Weil B. über seine Verhältnisse lebte, war er fortwährend in Geldverlegenheit. Nach 1200 Mark Unterstützungen. Das war ihm aber nicht genug. Im Dienst soll er sich sehr lässig und unpünktlich, auch groß gegen seine Vorgesetzten gezeigt haben, so daß er schließlich entlassen wurde. Darauf beschwerte sich B. in Eingaben an den Oberbürgermeister und an den Regierungspräsidenten. Seine Briefe enthielten heftige Ausfälle gegen Mitglieder des Breslauer Magistrats, besonders aber gegen den Stadtrat Böbler. Das Gericht hielt dem Angeklagten Strafbildern seine Erregung beim Absagen der Eingaben augute. Das Urteil lautete auf 200 Mark Geldstrafe.

* Die Bräuse unter den Pferden des Adjutanten des Generalstabs, Majors Böllmann, Hohenloherstraße 42, ist erlochen und die Sperrmaßregeln wurden aufgehoben.

* Auf dem Elbe eingestochen. Am Mittwoch nachmittags gegen 8½ Uhr wollte der 18 Jahre alte deutscher Freiwilliger Königgräberstraße 20, zwischen der Adelanstalt und der Stolzenstraße hinter der südländischen Volksschule das Eis des Elbes überqueren. In der Mitte des Stromes brach er aber ein und geriet unter das Eis. Von der nahegelegenen Feuerwache 6 an der Osterstraße aus wurde der Vorfall beobachtet. Bei den Rettungsarbeiten brach ein Feuerwehrmann ebenfalls ein und es kostete große Mühe, ihn wieder auf festen Grund zu bringen. Es gelang dann mit großer Mühe auch den Rettungskräfte zu ziehen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht.

Bereine und Versammlungen.

* Der nächste Frauenabend des sozialdemokratischen Vereins Breslau, dessen besondere Aufgabe es ist, die weiblichen Parteimitglieder aufzulässt, wird Montag, den 18. Februar, abends 11 Uhr, in sechs Sälen abgehalten. Wir ersuchen die Frauen und Mädchen des sozialdemokratischen Vereins schon heute, sich auf ihren Frauenabend einzurichten.

* Neben die Prostitution — eine Volksgefahr spricht heut abend 8½ Uhr in der Lessinghalle, Alnighstraße 5, Frau Adel Schreiber-Kriegler aus Berlin. Die Versammlung ist vom preußischen Landes-Verein für Frauen-Stimmrecht einberufen.

* Die Haedel-Gesell des Monistenbundes am 18. Februar in der Vortragshalle Grünstraße 14/16 besteht außer der Festrede des Herrn Fischer in Redaktionen von Fräulein Salta und Gesang von Fräulein Kluge.

* Stenographie. Kostenfreier Unterricht in der Alten Stenographie wird gewissenshaft an allen Orten in Kursen und dientlich durch den deutschen Arbeiter-Stenographen-Bund, System Arends, erteilt. Anfragen wie üblich bei eingetragener Freimarke sind zu richten an die Gauführung für den Gau Schlesien, G. Mauermann in Leśnica bei Görlitz, Am Wasserwerk 4, II.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Dößwitz. Gemeinde-Vertreter-Sitzung. Freitag abend 8 Uhr bei Grünast. Wichtige Tagordnung.

Pöpelwitz. Distriktsversammlung. In dem am Montag in Pöpelwitz abgehaltenen Wahlabend beschäftigten sich Genossen Stowig mit dem Strafrecht. Er ging auf die Privatklage und das Strafverfahren ein. Den anwesenden Genossen und Genossinnen waren seine Ausführungen sehr lehrreich und es entspannte sich eine kurze Debatte über das Gehörte. Dann ergriff der Distriktsführer die Kreisabrechnung. Die Beitragsleistung des Distrikts ist im Verhältnis gut zu nennen, aber sämtliche sonstige Parteilösung liegt sehr im armen. Jeder ruht eben auf seinen Vorbeeren aus. Das muss wieder anders werden. Es freutlich ist es, dass sich die Genossen Stowig und Großschuchra freiwillig als Bezirksführer meldeten. Höchstes gab noch bekannt, dass an Stelle des Märzablasses eine Zusammenkunft am Sonntag, den 20. März, 9 Uhr vormittags, bei Mittelste stattfindet. Zur Durchführung der Roten Woche, die für Anfang März geplant ist, bedarf es der Hilfe aller Genossen, um eine gründliche Agitation vollbringen zu können. Der Besuch der Zahlabende ist nochmals sehr zu empfehlen, da hier mancher Genosse noch etwas hören und lernen kann, was nicht zu seinem Schaden ist.

Stadelwitz. Die letzte Distriktsversammlung hörte einen Vortrag des Genossen Stowig über die bevorstehende Gemeindewahl. Genosse Riedel forderte die Arbeiter auf, recht tüchtig zu arbeiten und auf dem Posten zu sein, denn es stehen uns viele Gegner gegenüber und wir werden alle Mühe haben, unsere Mandate durchzubringen. Zur Agitation in der roten Woche meldeten sich sofort 15 Genossen. Der vorgeschlagene Lichtbildvortrag wurde abgelehnt. Dafür soll eine recht würdige Maifeier vorbereitet werden. Dann ernahmte Riedel die Anwesenden noch, ihre Bedürfnisse im Konsum zu

decken und nicht etwa Geschäftsleute zu unterstützen, die sonst von den Arbeitern nichts wissen wollen.

Drachenbrunn. Distriktsversammlung. Am Sonntag, den 8. Februar, wurde unsere Mitgliederversammlung abgehalten. Ledner war Genosse Richter aus Breslau. Er sprach über die Wichtigkeit der Gemeindevertreterwahl. Nach dem Vortrage entspannte sich eine lebhafte Aussprache. Zum Kandidaten wurde Genosse Kurzweil vorgeschlagen. Das weitere soll eine öffentliche Wählersversammlung bestimmen. Über die Abrechnung der Kreiskasse vom 8. Quartal 1913 sowie über die Woche für die Partei und Presse berichtete Genosse Wabnits.

Deutsch-Wils. Unsere Distriktsversammlung war von nur 86 männlichen und 7 weiblichen Mitgliedern besucht. Es ist überhaupt kaum zu glauben, dass es von 243 Mitgliedern nur ein Sechstel ist für notwendig, die Versammlung zu besuchen. War es doch hauptsächlich diesmal darum zu tun, die schwierigsten und notwendigsten Werke zur Gemeindevertreterwahl zu machen. Genosse Löbel hält einen lehrreichen Vortrag über den Panamakanal. Dann wurde die Gemeindevertreterwahl besprochen und die Mitglieder darauf hingerichtet, sich gegen an den Klärungsarbeiten zu beteiligen. Der Tag der Vorarbeiten wird noch bekannt gegeben. Weiter wurde über die nächste Maifeier verhandelt und von den Genossen des Distrikts 17 sowie von den Delegierten des Distrikts 16 abgelehnt, der Maifeier in Rosel sowie Neumarkt beizuhören, sondern eine eigene Feier zu begehen und zwar die Distrikts 17, 18, 19; dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, einen Lichtbildvortrag abzuhalten. Auch wurde bekannt gegeben, dass eine öffentliche Versammlung am 1. März stattfindet, in welcher Landtagsabgeordneter Hirsch-Berlin sprechen wird. Vom Distriktsführer wurde dem Gemeindevertreter Bittermann der Auftrag gegeben, mit dem Bürgermeister Rückersprache zu nehmen, ein dem § 60 der S.-G.-O. der Wählerzahl entsprechende Lokal zu bestimmen, da die Kolonade zu klein ist. Genosse Bittermann erklärte, das schon getan zu habe. Darüber bestiegt aber kein Schwung. Zum Schluss ermahnt der Genosse Distriktsführer Franka die Mitglieder alle bei der Agitation zu erscheinen und macht die Delegierten auf die Generalversammlung am Karfreitag nachmittag 2 Uhr im Gewerkschaftshauses, kleiner Saal, aufmerksam.

* Krankheitsbericht aus dem Landkreise Breslau. Es erkrankten in der Woche vom 1. bis 8. Februar 1914 an Diphtherie: in Brockau und Carlowitz je 1 Person; an Kindheitdiphtherie in Brockau 1 Person; an Charakty: in Herrmannsdorf 1 Person und im Dörrnwald 1 Person; Pflegehaus an Parathyphus (Diphtherieschüppchen) 2 Personen. Gestorben ist an Lungen- und Krebsleid überholose in Malitz 1 Person.

Briefhäuser.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr mittags Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

N. Berlinerstraße. Das ist ein großer Irrtum. Es gibt keine gesetzliche Bestimmung, die da lautet: wer 10 Wochen im Streit steht, bekommt die Steuer ganz erlassen. Der § 63 des

Einkommensteuergesetzes sagt nur, wird nachgewiesen, dass während des laufenden Steuerjahres infolge des Wegfalls einer Einnahmequelle bzw. das Einkommen eines Steuerpflichtigen um mehr als den fünften Teil vermindert worden ist, so kann eine entsprechende Ermäßigung der Einkommensteuer verlangt werden. Das gilt allerdings z.B. auch in dem Falle, wenn jemand länger als 10 Wochen ausständig ist.

Gretende Arbeit. Sie können sich auf § 105 o der Gewerbeordnung berufen, der alle 8 Wochen 86 stündige Ruhezeit vorschreibt.

G. B. 3. Es kommt auf die Größe der Wohnung an. Kleine Wohnungen (höchstens 2 Zimmer mit Zubehör) müssen in Breslau am Ersten gerundet sein, in letztere (8 bis 4 Wohnzimmer mit Zubehör) am zweiten um 12 Uhr mittags, groß (mehr als 4 Wohnzimmer mit Zubehör) am Dritten um 12 Uhr mittags.

G. 14. Gewiss, die Desinfektion eines Raumes von nicht mehr als hundert Kubikmeter kostet in Breslau nach der Gewerbeordnung des Magistrats sechs Mark; aber die Gebühr wird nicht erhoben, wenn der Zahlungspflichtige nicht mehr als 1500 Mark fährliches Einkommen versteuert.

N. Schillerstraße. Es bestand vor Jahren in Breslau eine Verordnung über das Tropischlopfen in den Häusern und Höfen, sie wurde jedoch aufgehoben.

G. h. 1. Wer 14 Jahre alt ist, hat das Recht, aus der Kirche auszutreten; eine Erlaubnis von irgend einer Stelle (Eltern, Vormund, Vormundschaftsgericht usw.) braucht er nicht. 2. Wir raten Ihnen von einer Verfolgung der Sache ab; es hat gar keinen Zweck, sich gleich beleidigt zu führen und zum Schiedsmann oder aufs Gericht zu laufen.

G. C. Peterswaldau. Wer 24 Jahre alt ist, kann in der Landgemeinde wählen und als Gemeindevertreter gewählt werden.

Breslau, 11. Februar. Gestiegen von der Marktwertsteigerung für Getreide.		Bis 100 Kubikmeter	
Wochen, gute Qualität der letzten Ernte	17,90 — 18,10 M.	Messer	14,60 — 14,80 "
Bohnen, derselben	14,20 — 14,40 "	Gräser	14,20 — 15,80 "
Reis, derselben	14,00 — 14,20 "	Wurst und Buttergerste der letzten Ernte	24,50 — 25,00 "
Kräuter, derselben	21,50 — 22,00 "	Butterkerne, gute Qualität der letzten Ernte	17,00 — 17,50 "
Hafer, derselben	8,50 — 9,00 "	Fructiferen der letzten Ernte	8,50 — 9,00 "
Zucker	4,80 — 5,00 "	Getreide	2,00 — 2,40 "

Weiß ruhig, per 100 Kubikmeter infl. Es brutto Weizenmehl 100 kg. 26,00—28,50 M. Roggenmehl 9 ruhig, 28,00—29,50 M. Roggen-Gemüsebrot 26,00—28,50 M. Brot 22,00—23,00 M. Mohn-Brötchen 11 ruhig, 10,50—11,00 M. Brotseitenteig 10,00—10,50 M.

Wasserstand-Nachrichten der Oder.									
Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
12.2. 11,81 0,36 11,44 0,30 2,24 1,67 4,60 2,50 1,27 1,02 4,04 1,70 0,281									
11.2. 11,52 0,46 11,41 0,38 2,22 1,62 4,58 2,45 1,25 1,02 4,94 1,70 0,281									
Wint. 11,681 0,88 12,12 0,42 2,46 2,07 4,07 2,381 1,681 1,565 0,00 0,14 11,881 0,45									

*) Ausserungshöhe 1. Rottwitz 3,50 für Dreieichen; (Obers) Ohle-Maderung 3,27.

Donnerstag
Freitag-Sonnabend
M. Schneider
Breslau
Neue Schweidnitzer Strasse 1.

2000

**Extra-Angebot:
Neue Frühjahrs-Blusen**

zum Aussuchen — in der 1. Etage ausgelegt.

1443

Bereine und Versammlungen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Donnerstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margarethenstraße 17:

Vertreter-Versammlung

1. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung für d. III. Quartal 1913/14.
2. Die Religion als Privatsache. Referent: Genosse R. Dars.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Stimme haben nur die gewählten Vertreter, die Vorstandsmitglieder und die Distriktsführer (§ 7 des Statuts).

Vertreter können die gebrauchte Quartals-Abrechnung bereits vom 15. Februar ab bei ihren Distriktsführern in Empfang nehmen. Sie wird aber auch, wie bisher üblich, in der Vertreter-Versammlung verteilt.

Der Vorstand.

Für wenig Beimittelte

a. Krankenfassen Behandlung in schmerzhaften. Mitteln, Richten wiedereinander, Wiederbefestigung looser Zahne, Zahnerlas auch ohne Platte, Plomben u. Klinzippen.

Rendite für 35, I., u. 5.—7.

Zahn-U-Arzt

Kuno Walter

Private Praxis:

Zwingerplatz 1, 10—12 u. 3—5.

Telephon 7067.

kleinster Betrag

ca. 1.30 das Pfund.

Paul Mischke,

Ring 5.

Arbeitsmarkt

Saaraus. Bauarbeiter.

Sonntag, d. 15. Febr. nachm. 3 Uhr, im Gasthaus zur alten Brücke in Saaraus.

Tagessordnung: 1. Abrechnung d. Bauarbeiter-Billmanns. 2. Abrechnung vom Vergangen.

3. Verschiedenes.

144312

Auch der barhäufigste

Husten hält den erprobten

Hybert-Tabletten nicht stand,

so steht in einem der zahlreichen

Zeugnisse über dieses ausgezeichnete Mittel zu lesen. Wer

irgend zu Erkrankung neigt, viel

zu sprechen hat, seinen Heils

Iaponen müs, lägt sie nie aus-

gehen und nimmt sie regelmäßig,

wobei er immer von neuem ihre

erfrischende und wohlnde

Wirkung verpflicht. Die Schäfchen

kostet in allen Apotheken und

Druggisten 1 Mark.

103553

Schokoladen- u. Zuckervorwer

kanft man sehr gut und unerreich

preiswert in unseren Kaufleuten.

Machen Sie einen Versuch und Sie

sind dauernder Kunde.

12619

Schlesisches Schokoladenhaus

Jauer, Goldbergerstr. Ecke Neumarkt

Reichenbach, Ring 38,

Gleiwitz, Wilhelmstr. 24,

Beuthen, Bahnhofstr. 16,

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Referenzen bei
Glocken empfohlen.

Aalkoholfreies Speisehaus.
Pomona Speisehaus Bierhaus,
Straße 44 I. Tel. 5841.

Aalkoholfreie Getränke.

= Billz-Sinalco =

Brauerei Braun & Grau. Bier-

Gefülltheuren Wohlstrasse 123, Klima.

Klima S. G. Salzg. 12 (Brauerei).

Sindner, Mag. Oberstrasse 26.

Thomas Brause, Oberstr. 84.

Aluminium-Küchenware.

C. & C. Kreisler, I. dauerh., preisw.

Bläckereien und Konditoreien

Uder, August, Wielandstrasse 5.

Frolich, Carl, Oderstrasse 29.

Huber, S. Leinenstrasse 69.

Großmann, M. Hettstraße 61.

Alfred Roth, Schellnitzerstr. 44.

Danz, Emil, Brühlstraße 8/4.

Hermann, M. Rosenthalerstrasse 4.

Sindner, Heinr., Rosenthalerstr. 18.

Kram, Wilhelm, Blumenstrasse 95.

Frank, Julius, Rosenthalerstr. 84 (an Markt).

Huber, C. M. Wm. Rosenthalerstr. 19.

Barth, Theodor, Blumenstr. 21 (an Markt).

Wittig, Hotel, Rosenthalerstr. 2.

Wittig, August, S. Rosenthalerstrasse 34.

Senfle, Th. A. Friedrichstrasse 59.

Ritter, Otto, Rosenthalerstrasse 22.

Göschel, Karl, Rosenthalerstr. 15.

Huber, J. G. Rosenthalerstr. 33.

Huber, Hermann, Wohlstrasse 136.

Welt, Wilhelm, Reichstr. 22, neu über.

Siegert, Paul, Strelauerstrasse 8.

Badeanstalten.

Wolfsch. Bob. Neu-Saale 14.

Badezähne.

Sindermann, Fr. Tautenburgstr. 173, 5% R.

Bandagisten

Reiter, Karl, Gartenstr. 34, Tel. 10144.

Rein, Joh., Schneiderstr. 17/18.

Bettens u. Bettfedern

Reiter, G. Kusserowstrasse 4, pt. I, II, III.

John, Max, Kuhverschmidstr. 10.

Geschw. Kappe, Ändergassestrasse 2.

Zimmer, S. Schreinerstr. 78, II.

Bier-Krauereien, Bier Verleger

Bräuerei Sacrau, S. & Co.

Bräuerei „Zum Rossbaum“, direkt, Großherrenstr. 5, S. & Co.

Göschel, Wm. Wilhelmstr. 14.

Großherd. Bräuerei, Schonwitz.

Göschel, Willibald, Rosenthalerstr. 64, P. Lachius.

Kopf & Görke, Jägerstrasse 10.

Göschel, Willibald, Rosenthalerstr. 10.

Göschel, Willibald, Rosenthalerstr. 15.

R. Jägel, Saatbierbrauerei 1. & Co.

Erbrecht, Vertreter: Karl

Siegels, Siegels, S. für Siegels.

Kern, Josef, Oderstrasse 3.

Peuker Bräuerei, Det. hilbig, Vor.

Rüde, grün, Breiten, Preisen.

Schwarze Krähe Neumarkt.

Stenzel, S. Apfelkörnerstrasse 5 6.

Mühle, Paul, Wohlstr. 53.

Göschel, Franz, Rosenthalerstr. 76.

Göschel, G. Reichenstrasse 28.

Wiesner, F. W., Bräuerei, Neumarkt.

Bier-Apparate, Kohlensäure.

Reichwein, Will., Tautenburgstr. 11.

Schäfers, Paul, Schmidtbauerstr. 58.

Billard-Fabriken

Keiser & Gode, Obauer-

Pürsten-Fabriken

Blechner, Altenstr. 31, grüne u. rote Mart.

Göschel, Alh., Steigelpfeif. f. Hans-

hältnissenstr. Grünauerstr. 14, part.

Stern, G. Leinenstr. 23 (neutrale Ware).

Café

Café Germania, Rosenthalerstr. 53, G. & C.

Götterscheide-Café, Rosenthalerstr. 58.

Wagen-Café, G. Göschelstr. 6.

Café Victoria, G. Feibel, Rosenthalerstr. 65.

Carnevals-Artikel.

Soltau, Ernst, G. (Kramau)

Zum Faust, Theater, Kramau.

Reiter, E. Rosenthalerstr. 14, II. Et.

Dränes-Konfektion

Tischner, Wohlstrasse, Schmidtbauerstr. 42.

Drogen- u. Farben

Reinke, Drägerstr. 22.

Reinke, Drägerstr. 47, G. Dräger.

Reinke, Dräger, Rosenthalerstr. 25.

Hoche, G. u. und Weinschiff. Blüml.

Reinke, Weiß, Rosenthalerstr. 15.

Reinke, M. Rosenthalerstr. 104.

Reinke, G. Rosenthalerstrasse 16.

Reinke, G. Rosenthalerstr. 24.

Eisen- u. Stahlwaren

Reinke, O. Wohlstr. 170, Rosenthalerstr.

Reinke, O. Rosenthalerstr. 18 (Weinhändler).

Reinke, Carl, Wohlstr. 83/85, Rosenthalerstr.

u. Rosenthalerstr. 75.

Fassräder und Nähmaschinen

Reinke, G. Rosenthalerstr. 29, Tel. 586.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 30, Rosenthalerstr.

u. Rosenthalerstr. 31, Rosenthalerstr. 70.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 93/95.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 96/98.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 102.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 103.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 104.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 105.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 106.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 107.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 108.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 109.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 110.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 111.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 112.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 113.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 114.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 115.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 116.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 117.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 118.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 119.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 120.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 121.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 122.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 123.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 124.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 125.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 126.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 127.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 128.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 129.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 130.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 131.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 132.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 133.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 134.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 135.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 136.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 137.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 138.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 139.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 140.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 141.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 142.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 143.

Reinke, S. Rosenthalerstr. 144.

Deutscher Reichstag.

211. Sitzung, Mittwoch, den 11. Februar,
nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesämtlich: Dr. Delbrück.

Die zweite Verhandlung des

Staats des Reichs amtes des Innern
wird fortgesetzt beim Kapitel „Biologische Anstalt für Land- und
forstwirtschaft“.

Abg. Baumann (Bentr.) befürwortet eine Resolution, die in
einem nächsten Etat eine Prämie einsuchen möchte für den Er-
einander eines zuverlässigen Mittels gegen den den Weinbau
schädigenden Bier- und Sauerwurm.

Abg. Dr. Basche (Mall.) begründet eine Resolution, in der
im nächsten Etat größere Mittel zur Förderung der wissenschaftlichen
Erforstung und Bekämpfung tierischer Schädlinge der
Land- und forstwirtschaftlichen Kulturpflanzen, insbesondere des
Ost- und Weinbaus geschilderden Insekten, verlangt werden.

Ministerialdirektor v. Jonquieres meint, daß die Ausschüttung
eines Preises wenig Zweck habe, um über den müßten die Einzel-
heiten in erster Linie die Bekämpfung der Schädlinge des Wein-
hauses aufnehmen.

Die Abg. Astor (Str.), Dr. Dahlem (Str.), Dr. Paasche
(Mall.) treten nochmals warm für die Resolution ein.

Abg. Hepp (Mall.) bittet um Maßregeln zur Bekämpfung
der Bienenkrankheiten und fragt, wann der veröffentlichte Ge-
setzvorschlag zur Bekämpfung der Faulbrut an den Reichstag
kommen werde.

Ministerialdirektor v. Jonquieres: Der Entwurf ist zu einem
weiteren zur Bekämpfung der Bienenkrankheiten erweitert
worden. Wann er an den Reichstag gelangen wird, läßt sich
noch nicht übersehen.

Die Diskussion schließt, das Kapitel wird bewilligt, die
beiden Resolutionen werden angenommen.

Es folgt das Kapitel

„Patentamt“.

Abg. Giebel (Soz.): Der im Sommer veröffentlichte Vor-
wurf zum Patentgesetz blieb in Halbhöhe stecken, denn er
ist um viele wichtige Fragen herum, so um die Frage, wie
man Minderbemittelten oder mittellosen Erfindern die Möglichkeit
zur Ausnutzung ihrer Erfindungen geben soll. Auch die
rechtliche Stellung der Erfindungen gegenüber den Erfindern
aus den großen kapitalistischen Gesellschaften wird in ihm
nicht genügend erörtert. Nebenans wichtig ist die Stellung der
technisch-industriellen Beamten, der Beamte hat auch nach
dem Vorentwurf

Kein Eigentumsrecht an seiner Erfindung,

es wird gewaltsam enteignet, und soll dafür eine Vergütung ver-
langen dürfen. Etwas Näheres über die Vergütung wird nicht
gesagt, es bleibt also alles beim alten, die Interessen der Angestellten
werden in keiner Weise gewahrt. Trotzdem läßt das
Unternehmertum Sturm gegen diesen Vorentwurf, den es un-
zulässig hält, weil er das Patent den Interessen der Erfinder
dienstbar machen will. Das heißt doch, die Dinge auf den
Kopf stellen. Daß der Gewinn aus Patenten dem Unter-
nehmer zufliest, gerade das ist eine unslogale Erziehung. (Sehr
wahr! bei den Soz.) Ich bitte, den Entwurf nun möglichst bald an
den Reichstag gelangen zu lassen, wahrscheinlich wird er dann schon
erheblich verschlechtert sein, denn die Reizierung sieht ja recht fest
in der Reichsstadt vor Unternehmern (Zustimmung bei den Soz.).
Zugleich mit einer Reform des Patentgesetzes müßte auch das
Patentamtswesen gründlich reformiert werden. Viele Patent-
genieure beschweren sich über die ganz rigorose Zurückweisung
von der Vertretung beim Patentamt. Nach welchen Grundrätzen
wird denn verfahren? Eine schematische Zurückweisung der
Patentgenieure würde zu einer Privilegierung der Patent-
anwälte führen, die der Geschieber nicht beachtigt hat. Die
hauptliche ist freilich der Schutz der Erfinder vor Uebervor-
teilung. Das Patentamt sollte ein aufklärendes Merkblatt über
die verschiedenen Fragen des Patentrechts herausgeben. (Bravo!
bei den Soz.)

Abg. Dr. Bell (Bentr.): Durch das neue Patentgesetz muß
das Patentamt entlastet werden, und dann müssen auch die
Kompetenzen zwischen dem Patentamt und den ordentlichen Ge-
richten abgegrenzt werden. Dem Patentamt gilt der Amtseid
als Erfinder. Das ordentliche Gericht prüft die Frage, ob nicht
ein anderer der Erfinder ist. Daraus können sich manche
Schwierigkeiten ergeben. Die vorgegebene Herabsetzung der
Patentanwälte betriebsmäßig die Wissensherrschaft der Interessenten. Das
Erfinderrecht der Angestellten entbehrt bisher jeder Regelung.
Die Angestellten verlangen die Verleihung der Ehrenrechte des
Erfinders an diesen selbst und bei der Patentierung der Erfin-
de

Aus aller Welt.

Veteranenschicksal.

Der „Franz. Bier.“ wird folgendes Erlebnis aus Frank-
furt mitgeteilt:

In einem Spätnachmittage wunderte ich durch die Straßen
der nördlichen Vorstadt. Es war bitter kalt. Die eisernen
Sitter, die die schmalen Bögärtler säumen, waren mit zarten
Weißflocken überzogen. Vor mir humpelte, in sich zusammenge-
zunken, ein alter Mann. Unter seinem Hut schwanden weiße
Haare herab. Sie waren fast so weiß wie der Reif an den
Stäben. Plötzlich stützte sich der Alte zum Boden nieder, griff
elbst mit den Händen und bog dann um die Ecke. Durch
das Gartengitter hindurch sah ich, daß der Mann eine Kruste
Brot aufgeschnitten hatte. Er ist Freunde, dachte ich, er wird
das Brot dem nächsten Gaul zu freuen geben. Es gibt ja
doch gute Menschen, die nichts unternommen lassen können.
Über auf einmal gewahrte ich, wie der Alte den Reif von der
Kruste abhob und sie dann zum Mund führte! — Ich blieb
wie festgebannt am Fleck stehen: „Heiliger Gott! Er ist das
hartgestorene Stück Brot selber! Wie hungrig, wie arm muß
er sein!“ Dann näherte ich mich dem Alten. Ich mußte mit
ihm sprechen. Ein paar alte, traurige Augen schauten fest in
die meinen.

„Ob ich ihm etwas Geld anbieten dürfe, fragte ich. „Ich
doch, Sie haben Hunger, alter Mann.“

Er schen überschaut und sah nicht gleich eine Antwort.
Dann blickte er mir gerade ins Gesicht und sprach zu mir mit
sitternder Stimme:

„Ich bin jetzt fünfundsechzig.... Ich war Soldat
und hab Kriegsmitgängt.... Ich hab alles ge-
litten.... Aber gebettelt hab' ich noch nie, in meinem
Leben nicht.... Auch Almosen hab' ich noch nie genommen
oder denken Sie, ich könnte nicht seelen gehen, wenn ich
wollte?... Aber ich tu's nicht, und ich will's nicht!...“

Diese Sätze hingen scharf, abgehakt, wie eine Anklage,
wie ein plötzliches Erinnern an irgend ein Unrecht, das dem
Alten zugeschlagen wurde.

Dann wandte er sich zum Gehen, lehnte aber gleich noch
einmal um, als ob er etwas vergessen hätte, und sagte, indem
er die Hand erhob:

„Charakter, junger Mann, Charakter! Wissen Sie,
was das ist? Manchmal Glück, aber meistens Not
wundern.“

Dann eine

dung die Sicherstellung eines angemessenen Anteils am Nutzen
der Erfindung. Der Entwurf sieht vor, daß der Erfinder als
solcher bezeichnet wird, wenn er innerhalb eines Jahres nach
Anmeldung der Erfindung durch einen andern dies beantragt.
Nichtsdesto weniger wäre es, dem Anmelder, also dem Prinzipal, zu ver-
sichern, dem Angestellten Mitteilung zu machen von der An-
meldung. Die materiellen Forderungen der Angestelltenverbände
und die ihnen entgegnernden Forderungen der Unternehmer-
verbände sind leider sehr radikal, sodass man die mittlere Linie
zu treffen suchen muss. Auf jeden Fall muss dem Angestellten
eine angemessene Vergütung für die von ihm gemachte Erfindung
gesichert werden. Ich hoffe, daß der Entwurf so gestaltet wer-
den muss, daß die ehrlieche Arbeit ihren gerechten Lohn erhält.
(Bravo!)

Vizepräsident Dove: In der Zeit des
Stenographenstreits

(Vorleser) bitte ich die Redner, nicht auf alle Einzelheiten des
Entwurfs einzugehen.

Abg. Dr. Böthler (Mall.): Der Vorentwurf kommt den An-
gestellten weit entgegen. Es ist bedauerlich, daß in die Frage
des gewerblichen Rechtsschutzes auch politische Gedanken hinein-
treten. In der Gebührenfrage ist eine wesentliche Verbesserung
angebracht worden.

Ministerialdirektor v. Jonquieres betont, daß auch von der
Regierung erwartet wird, daß unter den Patentagenten recht
zuverlässige seien. Festste Grundsätze für die Justizierung oder Zu-
rechtlösung eines Patentagenten von der Vertretung vor dem
Patentamt bestehen nicht, doch wird in jedem einzelnen Falle ge-
prüft, ob eine Veranlassung zur Zurückweisung vorliegt.

Das Kapitel wird bewilligt.
Es folgt das Kapitel

„Patentamt“.

Abg. Giebel (Soz.): Der im Sommer veröffentlichte Vor-
wurf zum Patentgesetz blieb in Halbhöhe stecken, denn er
ist um viele wichtige Fragen herum, so um die Frage, wie
man Minderbemittelten oder mittellosen Erfindern die Möglichkeit
zur Ausnutzung ihrer Erfindungen geben soll. Auch die
rechtliche Stellung der Erfindungen gegenüber den Erfindern
aus den großen kapitalistischen Gesellschaften wird in ihm
nicht genügend erörtert. Nebenans wichtig ist die Stellung der
technisch-industriellen Beamten, der Beamte hat auch nach
dem Vorentwurf

Bei der Kürzung der Renten

Irgend eine Veranlassung zur Kürzung der Bestimmungen
über die Rücksichten bei den Rücksichten verhindern liegen
nicht vor. Schön ist der Begründung zum ersten Unfallversicherungs-
gesetz hinzugefügt, daß die Versicherung alle in einem Betriebe
vorkommenden Unfälle, auch die Gefahren des täglichen Lebens,
sofern der Versicherer ihnen durch seine Versicherungen ausgesetzt
ist, umfassen soll, und bei der Reichsversicherungsordnung hat
der Reichstag sich auf diesen Standpunkt gestellt. Er hat aus-
drücklich ausgesprochen, daß auch verbotswidriges Handeln den
Geschädigungsanspruch nicht ausschließt, und hat es sogar nicht
erforderlich gehalten, daß dies verbotswidriges Handeln im
Interesse des Betriebes geschieht. Der Reichstag kann verlangen,
daß sein Wille durch die Reichsversicherung auch zum Ausdruck
kommt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wiederholung der Rücksichten

wird neuverdacht mit dem Moment der Kürzung an die
Folgen des Unfalls geradezu arboristisch getrieben. (Sehr
richtig! bei den Soz.) Selbst einem Mann, der beide Beine
verloren hat, ist die Rente gekürzt worden, weil er sich an
den Fuß und gewöhnt habe. (Hört, hört! bei den Soz.)
Trotzdem doch durch diese Kürzung die Gewerbsfähigkeit
zweifellos nicht besser geworden ist.

Auch die Durchführung der Krankenversicherung nach der
Reichsversicherungsordnung ist ganz ungeliebt vorbereitet
worden. Die Musterabgaben der einzelnen Regierungen er-
scheinen so wüt, daß die Kassenärztliche und die Versicherungs-
räte die Ausgestaltung ihrer Satzungen überstimmen müssen.
Ferner erhalten die Kassenärztlichen keine Bestimmungen über
die Versicherung der Hausgewerbetreibenden (Hört, hört! bei den
Soz.) Wir werden daher bei der Versicherung der Hausgewerbetre-
reibenden eine Verkürzung erleben, an der der Bundesrat schuld
ist, freilich auch die eigentliche Gesetzesmärkte, die eine Ver-
sicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden ausricht, über dorthin
so wenig darüber sagt, daß der Kostenträger nicht weiß, wohin
und woher. Die unglaublichen Szenen, die sich auch in Berlin
in vielen Kassenlosalen abgespielt haben, erklären sich daraus,
daß Tausende und Zehntausende zu den Kassen kommen und
fragen, was sie zu zahlen haben und wo sie versichert sind.
Die Beamten der Kasse aber wissen darüber nichts und können
durch darüber nichts wissen. Die Versicherung der Hausgewerbetre-
reibenden ist vom Bundesrat in geradezu dilettantenhafter
Weise erledigt worden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Bei der Beratung über die Form der Organisation ist von
sozialdemokratischer Seite eine weigende Centralisati-
on befürwortet worden. Unsere Anträge sonden aber im
Hause und bei der Regierung wenig Gegenliebe. Wenn wir in
den Großstädten vielfach Landeskassen nicht bekommen ha-
ben, so ist das kein Verdienst der preußischen Regierung, son-

Vierzig Personen durch eine Benzinpipeline
verletzt.

Mittwoch geriet in der Reichstraße in Möllendorf in
der Nähe von Baden bei Wien ein Automobil in Brand. Der
Benzinbehälter explodierte. 40 Personen, die das Auto-
mobil umstanden, wurden verletzt, 15 davon schwer.

Bergmannslos.

Auf Schacht „Langenbram“ bei Esslingen geriet ein
Bergmann unter hereinbrechende Gesteinsmassen und wurde tot
hervorgeholt.

Bei Langendorfer, auf Schacht „Bruchstraße“
erstickte am Mittwoch der Schlossmeister Siemann mit
an Wettersgasen.

Auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ bei Ham-
born starb Mittwoch nachmittag ein Reviersteiger in
einem Schacht und war sofort tot.

In 75 Minuten mit vier Passagieren 2850 Meter
hoch gestoßen.

Auf dem Flugplatz Johannisthal hat am Mittwoch
vormittag Robert Thelen den von den Franzosen Garaix
aufgestellten Höhenrekord mit vier Passagieren gebrochen.
Garaix stieg am 6. Februar mit vier Fluggästen auf einem
Schmitt-Doppeldecker auf 2750 Meter; Thelen gelang es, eine
Höhe von 2850 Metern zu erreichen. Robert Thelen, der sich im
Vorjahr erfolgreich um die großen Preise der Nationalflugpreise
beworben hat, stieg morgens um 10 Uhr 40 Minuten in
Johannisthal mit einem Albatros-Militär-Doppeldecker mit
100-PS-Mercedes-Motor auf. In dem Flugzeug hatten außer
dem Piloten zwei Monture und zwei Schüler Platz
genommen. Der Apparat brauchte knapp 55 Meter Anlauf
und erhob sich dann in die Luft. In weiteren Minuten umstiegen
Thelen das Feld und schraubte sich lärmig höher. Das Flug-
zeug war schon nach 40 Minuten etwa 2800 Meter hoch und
einfachwand den Blicken. Nach langer Zeit erst touchierte am
Horizont der Doppeldecker wieder auf. Im Gleitflug ging
Thelen niedrig und landete vor seinem Schuppen. Die beiden
Passagiere zeigten eine Höhe von 2850 Metern. Beide
waren für den Flug eine Stunde ab 25 Minuten geflogen. Das
wichtigste, das das Flugzeug zu tragen hatte, war 231 Kilogramm.
Die Höhe von 2850 Meter hat Thelen in 1 Stunde 15 Minuten

bernen der Gemeinden. Dagegen erheben nun die konservativen
lebhaften Widerstand. Sie fürchten eine

Sozialdemokratisierung der Dienstboten

in den Dienstbotenkassen. Bisher haben sich aber bei den Dien-
stbotenkassenwahlen die Dienstboten als Wahl gegen die Sozialdemo-
kratie erweitert. Ich hoffe, daß nach diesen Erfahrungen auch
die anderen eingehen werden. Die Mittelstandsfeindschaft der
konservativen ist bei der R.-P.-D. dadurch zum Ausdruck ge-
kommen, daß man das Stimmenrecht der Arbeitgeber bei den
Dienstbotenkassen nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter ab-
setzt hat. Man sagt, die Dienstboten könnten nicht so hohe
Beiträge zahlen und Minister Sydow hat deshalb die Errich-
tung weiterer Landeskassenwahlen ausgesetzt. Wer bei
niedriger Beitragszahl läuft natürlich auch die Leistungen der
Dienstboten nicht so hoch sein; das ist also ein ganz unzulässiges
Gebäude. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Erklärung des Mi-
nisters Sydow, die Dienstboten müßten den Wert der Ge-
sellschaft ausüben können, berechtigt, daß es sehr wenig Führung
mit Dienstboten hat. Die Dienstboten sind gerade sehr froh,
einen Arzt anzutreffen zu können, der in einer Beziehung zu
den Herrschäften steht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der
Minister sollte dem Unterland gewisser Kreise nicht solche
Ansprüche machen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die
Vereinigung der Krankenkassenbeamten mit den Staats- und
Gemeindebeamten in Preußen soll die Machtbeziehung der Me-
dizin über die Krankenkasse erhöhen. Obgleich ein Antrag,
der diese ermöglichen sollte, bei der Beratung der R.-P.-D. ab-
gelehnt wurde, sucht man nun durch Auslegungskunst dieses
Vorgehens als gesetzmäßig einzuhüpfen. Die Krankenkassenbeamten
aber wollen frei und unabhängig bleiben, während die Me-
dizin durch die Ärztekammerordnung die Zulassungskunst
der Krankenkassen einzuhüpfen bestrebt ist. Die Arbeitgeber und
Besitzer werden sich einiglich weigern, ungeheure Verordnungen der
deutschen Regierung nachzukommen. (Richtig! erklärte Sydow als
Verteidigung der preußischen Regierung!) Während reinen Gewerkschaften
wie der

„Vistoria“

die Rechtfertigung ihrer Ansprüchen von der Versicherungspolitik auf
Grund des § 171 der R.-P.-D. kommt, wird, wie versichert man
dass den Krankenkassen. Dabei verfügt die Vistoria über eine
Milliarde Vermögen, verteilt ungeheure Besitzungen und beschäf-
tigt zahllose Angestellte. Durch die Vistoria kann sie eine
unmengen Krankenkassenbeiträge, die sie leichtsinnig braucht,
um dem Direktor ein Riesengehalt zu geben. Wie die preußi-
schen Landeskassen die Kassenabrechnung führen, kann man sich denken.
Manche bestimmen ein einfaches Wahlstot für den ganzen Kreis,
doch viele Wähler nicht wählen können. Auch in Kreisen in
Bayern müssen die Wähler

S bis 8 Stunden weit laufen

um wählen zu können. Das kommt davon, wenn man Ver-
waltungsbehörden die Ausführung von Arbeitsgesetzen überläßt.

Eine ganze Menge dieser Leidetriebe aus den verschiedenen
Kreisen sind uns zugewandt. An einem Tag des Kreises Luckau
waren Arbeitgeber und Besitzer über das Vergnügen, daß sie einen
Arbeitszettel so empfunden, daß sie einen Ertragung inreihen, um gemeinsam
nach Luckau am Bahnhof zu fahren! Sie beladen dann die Mehrheit
im Ausschluß. Selbst vor den Toren Berlins untersagt man die
Ausübung von Wahlbezirken. So bereitet man den
Kreisen inzwischen die Ausübung des Wahlrechts und man hofft
dadurch, den Eltern die Mehrheit im Ausschluß zu verschaffen. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei den Wahlen der Betriebskran-
kassen wird der schlimmste Unternehmerterror ausgeübt, aber
natürlich immer in einer Form, daß man ihn der Firma noch
nicht beweisen kann. Was sollen auch die Beziehungen bei
den höheren Verwaltungsbehörden müssen, es ist, wie wenn man
sich beim Dienst über Beziehungen beschweren sollte. Statt Recht
und Selbstverwaltung haben wir keine Verwaltungswillkür und
Vormundschaft der Bürokratie und der Unternehmer. Die
Unternehmer haben bei ihrem Drittel Beitrag die Hälfte des
Gesetzes werden. Sie noch ihre Kinder erleben. Welche Gesetze
sind in den Vorstandsmitgliedern erwidern, wenn 4 Unternehmer
verbündet böhnenlich die andern 17 an der Wahl eines
Vorstandes hindern und die Gewinnung durch die Behörde er-
zwingen können. Das ist Ihre Verhöhnungspolitik! Sie ist
ein Sohn auf die Kaiserliche Erlass von 1881 und dieses Ge-
setz samt seiner vorliegenden Handhabung ist der schärfste Kampf-
zug, gegen dieses unglaubliche Recht zu kämp

